

Volks-Tribüne.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh.
 Abonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).
 Einzelne Nummer 15 Pf.
 Durch jede Post-Anstalt Deutschlands zu beziehen. (Preis viertelj. 1 M. 50 Pf.)

Redaktion und Expedition:
 80. (26), Elisabeth-Ufer 55.
 Ausgabe für Spedition:
 „Volksblatt“, Deuthstr. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet.
 Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf.
 Inseraten-Aannahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55
 Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 893 der Zeitungs-Preisliste eingetragen

Nr. 44.

Sonnabend, den 31. Oktober 1891.

V. Jahrgang.

Politische Notizen. — **Soziales aus Frankreich.** — **Der Erfurter Parteitag, die Opposition und Vollmar.** — **Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Schweiz.** (Schluß). — **Verschiedenes.** — **Erklärung.**
Novelle. — **Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt.**

Politische Notizen.

Die russische Anleihe sollte nach den ersten Nachrichten um das Vielfache überzeichnet sein. Wie das gemacht wird, haben wir ja bei uns selbst gelegentlich der dreiprozentigen Konsols gesehen. Jetzt stellt es sich denn heraus, daß die ganze Sache Schwindel war: der Preis derselben sinkt unaufhaltsam, bis zum Augenblick ist er schon 1 1/2 % gesunken.

Die Pariser Bankwelt galt ohnehin schon als mit russischen Werthen überladen: Gerade deshalb mochte sie die Hoffnung gehegt haben, durch die russische Anleihe ein künstliches Spekulationsfeuer anzufachen, in dessen Gluth sie sich des Ballastes sonst unverkäuflicher Werthe entledigen könnte. Diese Erwartung ist eitel gewesen, und darum kann der Mißerfolg der russischen Anleihe für die Pariser Börse verhängnisvoll werden. Schon jetzt scheint sich der Rückschlag in empfindlicher Weise geltend zu machen.

Unter diesen Umständen scheint die Kriegsgefahr wieder etwas zurückgeschoben zu sein — daß wir dadurch etwas gewonnen haben, glauben wir nicht. Wir sind nicht der Ansicht Vollmars, daß jedes gewonnene Jahr den Krieg unmöglicher macht, sondern wir fürchten, daß es nur unsern Gegner stärkt.

Dem Reichstag wird gleich bei seinem Zusammentritt eine Forderung nebst Denkschrift zugehen, wonach zur Befestigung des Rautenwüchzels Helgoland die Kleinigkeit von 10 Millionen verlangt wird. So lange sich das Inselchen im Besitz Englands befand, hat England es nie nötig gefunden, nur einen Penny für dessen „Befestigung“ auszugeben. Wir aber, die wir uns — aus guten Gründen — vor aller Welt zu fürchten haben, müssen natürlich sofort Millionen ins Meer werfen, um das werthlose Ding zu „befestigen“, das nicht so viele Pfennige werth ist als dies Markstück kosten wird! Aber dem Volk wird damit der immense Werth dieses Fingerhuts im Meere dargethan werden!

Es geht auch unter der neuen Aera! Eine Zusammenstellung der Geld- und Gefängnisstrafen, welche in den 11 Monaten seit dem Parteitag in Halle gegen Sozialdemokraten erkannt worden sind, summirt sich auf 87 Jahre 6 Monate 25 Tage Gefängnis und 18 362 M. Geldbuße.

Bezeichnend für die neue Aera ist auch das Verfahren gegen unsern Genossen Illing, den Redakteur der Chemnitzer Presse. Derselbe ward wegen Majestätsbeleidigung, begangen gegen den Schwabenkönig zu Meerane, zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt. Er wurde in Gemeinschaft mit einem gemeinen Verbrecher gefesselt durch die Stadt nach dem Bahnhof transportirt, und zwar war er mit einem Strid an seinen Nachbar angebunden.

Pfarrer Klein in Reinerz hat bekanntlich das Mißfallen der Regierung dadurch erregt, daß er einen Nothstand fand, wo die Regierung keinen sah. Die Folge dieses Mißfallens war eine Disziplinaruntersuchung, die nach einem kirchlichen Blatte damit endete, daß das silesische Konsistorium ihm einen Verweis erteilte. Außerdem hat aber die königl. Regierung in Breslau am 12. September in Reinerz eine Konferenz abhalten lassen, in der von Pastor Klein die Auslieferung der von ihm gesammelten Gaben an die beiden ihm feindlichen Nothstandskommissionen Reinerz und Rückers verlangt worden ist!

Ueber die zweijährige Dienstzeit finden sich seit einiger Zeit scheinbar ganz unmotivirte Artikel in regierungsfreundlichen Blättern, und allerlei Gerüchte gehen um, als ob die Regierung wirklich auf die Sache eingehen werde. Natürlich ist es wieder der freisinnige

Hödur, der mit bekannter Leichtgläubigkeit die Gerüchte kolportirt.

Nun, die Regierung wird uns den Gefallen nicht thun!

Zu seiner bekannten Unteroffizierrede hat es ja Caprioli offen gesagt, daß man sich auf einen offenen Kampf mit uns gefaßt mache; und wenn wir auch nicht wissen, wie man sich diesen offenen Kampf vorstellt, denn daß wir nicht solche Esel sein werden, Barrikaden zu bauen und ähnliche Scherze zu machen, damit man uns über den Haufen schießen kann — jedenfalls rechnet man mit dergleichen. Zu dem Zweck ist es aber nötig, daß man „zuverlässige“ Soldaten hat, Leute, die ganz vom „soldatischen Geist“ beseelt sind; und um diesen Effekt zu erreichen, ist es eben nötig, die Soldaten so lange wie möglich unter dem bildenden Einfluß der Kaserne zu halten. „Rechtsum“ und „Links“ ist in ein paar Wochen zu lernen; aber der „soldatische Geist“, den bekommt man nicht in zwei Jahren, dazu sind drei Jahre eigentlich noch zu wenig.

Auch die Schweiz muß dem Militarismus Opfer bringen, sonst stände sie ja nicht auf der „Höhe der Zeit“! Die Einnahmen der Schweiz sind im Budget für 1892 auf 67 Millionen festgesetzt, die Ausgaben dagegen betragen 84 700 000 Frs. Also fast 18 Mill. Defizit, was für die kleine Schweiz schon etwas heißen will. Dazu verhalf sich die Schweiz durch das Militär, für das sie 36 Millionen verausgabte, mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen. Und sie hätte es doch gar nicht nötig, Alles nachzumachen, was die Großen ihr vormachen! Denn wenn die Schweiz eines Tags von den großen Mächten im europäischen Karpfenteich geschluckt werden will, so helfen ihr ihre Reissigen, die sie so viel Geld kosten, wahrlich auch nicht; sie werden mit aufgefressen.

Bei dem Anarchistenprozeß in Rom sind die skandalösesten Dinge zum Vorschein gekommen. Cipriani weist nach, daß die Demonstration am ersten Mai von den Anarchisten durchaus friedlich beabsichtigt war, und daß die Tumulte durch Lockspitzel hervorgerufen sind. Unter den 61 Verhafteten befindet sich ein Blödsinniger, der trotz seiner, durch seinen Zustand notorischen Unschuld doch in der Untersuchungshaft behalten ist; ein Arbeiter, welcher erklärt, daß er gar keine Ahnung davon gehabt habe, was Anarchismus ist, und daß er bloß aus Neugierde der Demonstration beigewohnt habe; erst die eben gehörte Verteidigungsrede Cipriani's habe ihn zum Anarchisten gemacht! Gemäß ihrer Theorie benutzen die Angeklagten ihre Situation, um Propaganda für ihre Anschauungen zu machen, und die kluge italienische Regierung wird demnach keinen andern Erfolg erzielen, als eine weitere Verbreitung des Anarchismus.

Ein netter Skandal, der noch viel schlimmer, als die Baccarataffaire ist, hat sich wieder in London ereignet. Eine schöne Schauspielerin hat sich vergiftet, und man erzählte, sie habe den Selbstmord begangen, weil sie auf ihren Anbeter Lord Montagu eifersüchtig gewesen sei. So soll auch dieser die Sache dargestellt haben. In der jüngsten Nummer des „Star“ wird nun ganz offen erklärt, daß der Lord lüge; der Biedermann sei dafür bezahlt worden, das Odium auf sich zu nehmen, damit dieses nicht auf einen Andern falle, „einen solchen Andern, mit dem verglichen der edle Lord, trotz seiner fürstlichen Abstammung, ein wahrer Plebejer ist“. Dieser „Anderer“ überschüttete Lydia mit Diamanten, lebte mit ihr Wochen lang in Broad-Street und er soll auch die Ursache des Todes der Wanton sein. Lydia habe mit Enthüllungen gedroht, und damit sie diese nicht mache, mußte sie sterben. Seitdem der „Star“ diese Anklage erhoben, beschäftigt sich ganz London mit dem geheimnißvollen Tode Lydia's und man bezeichnet ganz offen den Berehrer, der an ihrem Tode schuld sei.

Der Prince of Wales arbeitet wirklich mit eiserner Ausdauer an der Beseitigung der Monarchie!

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht über die Bewegung der französischen Bevölkerung während des

Jahres 1890 übertrifft an Düstereit alle seine Vorgänger und bekundet ein unheimliches Fortschreiten des geheimen Siechthums, das am französischen Volksmark zehrt. Das statistische Amt verzeichnet innerhalb der zwischen den fünfjährigen allgemeinen Volkszählungen verstreichenden Zeiträume bloß die Geburten und Sterbefälle, die Eheschließungen und Scheidungen, nicht aber die Veränderungen, welche der Volksbestand durch Ein- und Auswanderung erleidet. Im Jahre 1890 nun wurden in Frankreich (mit Ausschluß Algeriens und der Kolonien) 838 059 Geburten, dagegen 876 505 Todesfälle verzeichnet, die Bevölkerung hat sich also, soweit sie auf ihre eigenen organischen Kräfte angewiesen war, um 38 446 Personen vermindert. Eine solche Erscheinung ist in Frankreich, seit eine regelmäßige Statistik gepflegt wird, erst zweimal beobachtet worden: 1870—1, als Folge des Krieges, und 1854—5 wegen des Krim-Krieges und der Cholera. Das erschreckende Ergebnis ist zum Theil durch die starke Steigerung der Todesfälle herbeigeführt, die dem Wüthen der Influenza zuzuschreiben ist. 1889 starben in Frankreich 794 933 Personen, also 81 572 weniger als 1890. Diese Zahl bezeichnet wohl ziemlich genau die Menge der Opfer, welche die tückische Seuche weggerafft hat. Allein die Volksverminderung ist nicht der Zunahme der Todesfälle allein zuzuschreiben, sondern auch der Abnahme der Geburten. Diese hatten noch 1889 880 579 betragen, die Abnahme beträgt also von einem Jahre zum anderen volle 42 020. So wenig Kinder wie 1890 wurden in den letzten fünfzig Jahren überhaupt erst einmal geboren, im Jahre 1871. Das statistische Amt glaubt den Rückgang der Geburten dem Bevölkerungsausfall vom Jahre 1854—5 zuzuschreiben zu dürfen. Daß aber die starke Sterblichkeit jenes Jahres gerade 36 Jahre später auf einmal ihr ganzes Gewicht in der Abnahme der Geburten fahlen lassen soll, ist doch eine etwas willkürliche Vermuthung. Der Rückgang der Geburten ist hier keine neue Erscheinung. Er wird seit sechzehn Jahren mit einer Regelmäßigkeit beobachtet, die sich nur durch das Walten eines Gesetzes erklärt. Er vollzog sich auch in regelmäßig sich beschleunigender Gangart. Aber freilich, einen so weiten Sprung wie diesmal hatte er bisher nicht gemacht. In manchen Departements gestaltet sich das Verhältnis zwischen Geburten und Todesfällen nahezu ungläublich. In den Hautes-Pyrénées kommen auf 100 Verstorbene 70 Neugeborene, in der Haute-Garonne 70, in Tarn-et-Garonne 68, in Lot-et-Garonne 65, in Gers sogar nur 63; Das sind Verhältnisse, wie man sie bei den vor der eindringenden Besitzung wie Schnee in der Sonne hinschmelzenden Wilden der Südseeinseln antrifft. Wenn es weiter geht, wie bisher, wird die Bevölkerung des französischen Südwestens, namentlich des Garonne-Beckens, binnen wenigen Jahren ausgestorben sein. Eine andere Erscheinung, in der sich die fittliche Erkrankung des französischen Volkskörpers kundgibt, ist die Abnahme der Eheschließungen und beständige Zunahme der Ehescheidungen. 1890 heiratheten 269 332 Paare, gegen 272 938 im Jahre 1889. Die Abnahme beträgt hier 3602. 1884 betrug die Zahl der Eheschließungen noch 289 555, seitdem aber geht sie mit unerbittlicher Regelmäßigkeit jährlich um ein Hundertstel zurück. Dagegen wurden 5457 Paare geschieden, um 671 mehr als 1889, in welchem Jahre bloß 4786 Scheidungen ausgesprochen wurden. Die Ehescheidung besteht in Frankreich seit dem September 1884. Von da an bis zum 31. Dezember 1890 hatten 30 471 Paare sich scheiden lassen! Der Südwesten Frankreichs zeichnet sich, wie durch wenig Geburten, so durch spärliche Eheschließungen aus. In den Hautes-Pyrénées heiratheten 1890 von 10 000 Einwohnern 52, dagegen beispielsweise in Paris 91, fast doppelt so viel. Von den Geburten sind in ganz Frankreich 8,5 v. H. uneheliche; in Paris dagegen 24 v. H. Hier ist also jedes viertes Kind ein außereheliches, wobei todgeborene Kinder nicht mitgerechnet werden. Die Volkszählungen ergeben alle fünf Jahre eine kleine Zunahme der Bevölkerung. Sie rührt

aber, wie die Ziffern der jährlichen Volksbewegung zeigen, ausschließlich von der Einwanderung her. Sich selbst überlassen, würde das französische Volk von einer Fäulnis zur anderen eine starke Abnahme zeigen.

Soziales aus Frankreich.

Ueber die Ursachen des **Glasarbeiterstreiks** giebt Leo Frankel in der **Budapester Arbeiterpresse** einige Notizen, die charakteristisch genug für die gesamte kapitalistische Ausbeutungslage sind, um sie hier anzuführen:

Die Ursache? Der unerfährliche Profithunger der Glasfabrikanten. Diese werden natürlich das Gegenteil behaupten, von der Begehrlichkeit der Arbeiter schwagen, von den hohen Löhnen, die sie erhalten, abgesehen von den Benefizien, deren sie sonst noch theilhaftig werden; von der Konkurrenz, den ausländischen Agitatoren und wie sonst all die verlogenen Einwände lauten, welche jedesmal erhoben werden, wenn die Arbeiter ihr Recht geltend machen, bei den Bedingungen, unter welchen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, auch ein Wortchen dreinzureden. Ja, die Herren Fabrikanten erheben bereits alle diese Einwände und suchen so, die öffentliche Meinung irreführend, Stimmung für sich gegen ihre Arbeiter zu machen. Da wird von den hohen Löhnen der Glasbläser gesprochen, die täglich 10—12 Frs. verdienen, und von den Jungen, die mit 18—20 Jahren Glasbläser werden können; ferner von den schönen, von Gärten umzäunten Häusern, in welchen sämtliche Arbeiter unentgeltlich wohnen, sowie von verschiedenen Gratifikationen, die sie außerdem noch erhalten etc.

Ob aber diese Gratifikationen, Arbeitsprämien genannt, mehr als eine schlechte Bezahlung für eine intensivere Ausnutzung der Arbeits- und Lebenskraft des Arbeiters sind; ob die „Gratis“-Wohnungen nicht die persönliche Freiheit ihrer Inhabanten schmälern und diese nicht in ein ähnliches Abhängigkeitsverhältnis zu den Fabrikanten bringen, wie das der Leibeigenen zu ihren Feudalherren war; ob all die achtzehn- bis zwanzigjährigen Glasarbeiter, die, der Angabe nach, Glasbläser werden können, dies auch faktisch werden, und ob die Glasbläser, selbst angenommen, daß sie 10 bis 12 Frs. pro Tag verdienen, jahraus jahrein beschäftigt sind — von all dem ist in den langen anonymen Ergüssen der Fabrikanten kein Sternchenwörtchen zu finden. Auch nicht davon, in welchem Verhältnis die Zahl der Glasbläser zu der der übrigen, viel schlechter bezahlten Arbeiter desselben Industriezweiges steht. Weiß man aber dies nicht, dann weiß man von den Löhnen der Glasarbeiter gerade so viel als man etwas von den Löhnen der Grubenarbeiter weiß, wenn man den Durchschnittslohn der Steiger kennt.

Die Fabrikanten sprechen auch nicht davon, daß die Ofen, in welchen das Glas geschmolzen wird, eine Hitze von 70—75 Grad ausstrahlen und so die Temperatur, unter welcher die Arbeiter thätig sind, eine schier erstickende ist; sie verschweigen es auch, daß viele junge Leute, gerade in dem Alter, in welchem sie nach Angabe der Patrone Bläser werden können, der Glaswerkluft den Rücken kehren, weil sie in dieser mörderischen Beschäftigung ihre Gesundheit aufreiben. Hört man den Herren zu, dann freilich sieht man nichts anderes als hohe Löhne, glänzende Häuschen und lachende Gärten.

Aber würde die Wirklichkeit auch nicht in grellem Kontrast zu dem lichtvollen Bilde der Fabrikanten stehen, müßte man sich erst noch fragen, ob die Arbeiter nicht trotzdem ganz und voll berechtigt sind, eine Besserung ihrer Lage zu beanspruchen. Darüber mag nur eines genauen Aufschlusses zu geben: Das Verhältnis der Lohnrate zur Profitrate. Denn unter Umständen können sehr Franks Tageslohn bei verhältnismäßig kurzer Arbeitszeit einen geringeren Teil des vom Arbeiter erzeugten Warenwertes repräsentieren, als vier Franks bei langem Arbeitstag. Also Kassa- und Hauptbuch aufgeschlagen, anstatt von hohen Löhnen und gartenumzäunten Arbeiterhäuschen geschwätzt! Praktizieren die Unternehmer nur allzusehr das: Fallende Löhne bei fallendem Profit, dann ist es nicht mehr als billig, daß die Arbeiter ihrerseits wieder steigende Löhne bei steigendem Profit beanspruchen.

Es wäre also sehr einfach nachzuweisen, daß die Flaschenfabrikation keinen höheren Profit abwerfe, als den landesüblichen, die Ausbeutung der Arbeitskraft in diesem Industriezweige demnach keine größere ist, als sie sonst üblich, und so daraus die Berechtigung zu ziehen, die Forderungen der Arbeiter als unannehmbar zurückzuweisen. Wären die Fabrikanten diesen Nachweis nicht — und sie unterlassen es wohlweislich, von ihren Profitten nur zu sprechen, geschweige denn in ihre Bücher Einsicht nehmen zu lassen — dann liegt wohl der klarste Beweis vor, daß ihre Profite hoch über den landesüblichen hinausgehen und die Arbeiter demnach vollauf berechtigt sind, einen größeren Anteil an ihrem Arbeitsvertrag zu verlangen, als er ihnen bisher gewährt wurde.

Worin bestehen die Forderungen der Arbeiter? Sie verlangen hauptsächlich: 1. einen achtstündigen Arbeitstag, wie dieser bereits in einzelnen Unternehmungen besteht, wo täglich drei Schichten von Arbeitern sich von je acht zu acht Stunden ablösen; 2. einen vollständigen Ruhetag (zweiunddreißig Stunden) in der Woche; 3. Beseitigung der Zugabe, die darin besteht, daß auf je hundert Flaschen 4—6 zugezählt werden, die der Arbeiter nicht bezahlt bekommt; 4. Bruch der unbrauchbaren Waaren durch den Arbeiter, um es so zu verhindern, daß Flaschen für unbrauchbar erklärt werden, aber dennoch in den Handel kommen, und Entlohnung derselben, wenn die Unbrauchbarkeit nachweislich, durch schlechtes Material oder Werkzeug hervorgerufen wurde; 5. Beseitigung der Kontakte und Kauttionen, die den Arbeiter an das Unternehmen binden, selbst wenn er oft wochenlang keinen Heller verdient, wie das beispielsweise jedesmal vorkommt, wenn ein Glasofen repariert werden muß; 6. Freistellung des Arbeiters, innerhalb oder außerhalb der Fabrikanlage Wohnung zu nehmen, in weicher letzterem Falle an Stelle der freien Wohnung dem verheirateten Arbeiter 10 Franks und dem ledigen 5 Franks monatlich auszufolgen sind — nebenbei ein schöner Beweis, wie wohl sich die Arbeiter in dem gartenumzäunten Häuschen befinden; 7. zweimal monatlich Lohnauszahlung.

Diese Forderungen — ich habe nur die wesentlichsten hervorgehoben — wurden auf dem in Lyon vom 2. bis 6. Sept. stattgehabten Gewerkschaftskongress der Glasarbeiter verhandelt und am 27. desselben Monats an sämtliche Glasfabrikanten gerichtet. Die Antwort wurde für den 6. Oktober erwartet, doch ist dieselbe schon früher bekannt geworden. Am jüngsten Freitag hat sich nämlich das Gros der Fabrikanten hier zu einer Konferenz vereinigt und „nach langer Beratung“, wie es in Blättern heißt, den einstimmigen Beschluß gefaßt: „Das Ultimatum der Arbeiter sei weder dem Inhalt noch der Form nach annehmbar.“ Die Herren hätten wohl gewünscht, daß die Arbeiter soviel wie Nichts verlangen, und dies in der alleruntertänigsten Art. Dann hätten sie sich vielleicht auch herabgelassen, mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Sie pochen wohl zu sehr auf ihre Kontakte und darum ihr prophethaftes Auftreten.

Die Schuld am Streik liegt nicht an den Arbeitern, denn diese würden nichts schmerzlicher wünschen, als daß ein unparteiisches Schiedsgericht ihre Forderungen prüfe, und verlangen zu diesem Behuf die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission. Die Fabrikanten ziehen es aber vor, den Richter in eigener Sache

zu spielen. Nun, dann mögen sie sich auch die eventuellen Folgen selber zuschreiben.

— **Die Agitation der französischen Sozialdemokratie** zu Gunsten der Protestkandidatur Paul Lafargue, der im ersten Wählerkreis aufgestellt ist, verspricht eine äußerst lebhaft zu werden. Die Wahl findet schon am 25. Oktober statt. Der genannte Genosse, welcher durch seine Gefängnishaft verhindert ist, persönlich für seine Wahl einzutreten, hat vom Gefängnis St. Pelagie aus an seine Wähler einen Aufruf erlassen, in welchem er die Arbeiter mit feurigen Worten auffordert, durch seine Wahl Protest einzulegen gegen das Niederschießen unschuldiger Weiber und Kinder in Bourmes, sowie das von Unternehmern gegen Proletariat verübte Klassenurtheil.

M. Hector Depasse, der offizielle Kandidat, hatte den Minister des Innern um die provisorische Freilassung Paul Lafargue's ersucht. Darauf antwortete Lafargue:

„Ich erkenne Depasse nicht das Recht zu, etwas für mich zu verlangen. Das Recht, meine Freiheit zu verlangen, gehört nur den Wählern. Die Arbeiterpartei, welche meine Kandidatur aufgestellt hat, will, daß die Wähler nach dem Kandidaten der Wähler den Kandidaten der Gemordeten hören, denn sie sind berufen, über den Fall Bourmes zu richten, das Verdict der 12 kapitalistischen Geschworenen zu brechen, die Thür meiner Zelle und diejenige Gulin's zu öffnen, die Verantwortung für das vergossene Blut den Unternehmern und den mit ihnen verbündeten Zivil- und Militärbehörden aufzuladen, welche zusammen, nachdem sie die Arbeiter provoziert, durch ein Massaker die revolutionären Sozialisten ersuchen zu können glaubten.“

— **Die französischen Sozialdemokraten** werden am 26. November in Lyon ihren Jahreskongress abhalten. Derselbe soll voraussichtlich 3 Tage dauern und mit einer großen öffentlichen Versammlung endigen. Die provisorische Tagesordnung enthält folgende Punkte: Berichterstattung des Generalrates der Partei; Stand der Bewegung (Berichte der Delegierten); etwaige Änderungen in der Parteibewegung; die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses und ihre Anwendung; der 1. Mai 1892 und die nächsten Gemeindevahlen; Neuwahl der Parteileitung und Festsetzung des nächstfolgenden Kongresses. An dem Kongresse teilnehmen dürfen auch diejenigen Arbeitervereinigungen, welche in die Partei selbst nicht aufgenommen worden sind, sofern sie das Programm und die Taktik derselben befolgen.

— **Eine neue sozialdemokratische Monatschrift** „La question sociale“ (Die soziale Frage) wurde in Paris vom Genossen P. Arguillades gegründet, sie soll ein Erfolg der unter gleichem Titel bis zum Jahre 1885 erschienenen Zeitschrift werden und allen sozialen Richtungen offen stehen. Wir wünschen dem neuen Kämpfer langes Leben und beste Wirksamkeit im Interesse der Verbreitung sozialistischer Grundsätze in Frankreich.

Der Erfurter Parteitag, die Opposition und Vollmar.

Die eigentliche Thätigkeit des Erfurter Parteitages bestand in der Auseinandersetzung zwischen Fraktion und Opposition auf den einen, und Vollmar und Fraktion auf der anderen Seite.

Was die Berliner Opposition gefordert hat, war, wenn man die ursprünglichen Anschauungen zu Grunde legt, und nicht die in der Hitze des Kampfes nachher hervorgetretenen Uebertreibungen, durchaus keine neue Taktik, nur eine Nuancierung der alten; dasselbe gilt von Vollmar, dem man sehr mit Unrecht vorwirft, daß er etwas Neues wolle. Derartige schwankende Unterschiede sind schwer in Worte zu fassen, und daraus erklärt sich auch das Unbestimmte, schwer zu Fassende, dessen man die Wortführer der Opposition angeklagt hat, auch die Uebertreibungen, namentlich des Flugblattes, die man dann nachher als Verleumdungen bezeichnet hat.

Es ist zweierlei auseinanderzuhalten: das letzte Ziel der Partei, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; und die „positive Mitarbeit“ auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Die Fraktion definiert als den Zweck der letzteren erstens die Agitation und zweitens den Schutz und die Kräftigung des Proletariats für den zukünftigen Kampf.

Auch hierin wird noch jeder mit ihr übereinstimmen, sowohl die Opposition, wie Vollmar. Aber die Unterschiede beruhen auf dem verschiedenen Betonen dieser „positiven Mitarbeit“ und ihrer Werthschätzung für die zwei Zwecke. Die Resolution Bebel, welche angenommen ist, kann also die Unterschiede gar nicht fassen; sie kann von jeder der drei Parteien unterschrieben werden; Gradunterschiede lassen sich aber nicht so leicht fassen.

Die Opposition behauptet, die „positive Mitarbeit“ werde erstens in ihrer Wirkung von der Fraktion überschätzt und demgemäß zu eifrig kultiviert, und involviere deshalb zweitens die Gefahr, daß über ihr der Blick für das letzte Ziel der Partei verloren gehe. Das hat, wenn wir die Sache recht verstanden haben, der Passus des Flugblattes bedeuten sollen: „der revolutionäre Sinn wird von den Führern getödtet“. Es ist sehr bedauerlich, daß sich der Parteitag an diese Ausdrucksweise geklammert hat, während er sich doch sagen mußte, daß Arbeiter, welche eben das Flugblatt verfaßt haben, nicht so jedes einzelne Wort kontrollieren können.

Wie weit die Ansicht der Opposition, wie sie hier entwickelt ist, richtig ist, läßt sich schwer sagen, denn das ist zu drei Vierteln Sache rein subjektiver Erwägungen und Vorstellungen. Daß ein starkes Betonen des letzten Zieles — worunter man sich durchaus nicht Revolutionsphrasen und Gewaltpredigten vorzustellen braucht, wie Bebel die Sache darstellte — zur Klärung in der Partei sehr nützlich sein könnte, das hat Bebel wohl der starke Beifall gezeigt, den Vollmars Rede empfing, und den Außenstehenden der Umstand, daß man die Affäre Vollmar nicht zum Austrag zu bringen wagte, sondern die Sache verkleinerte — weil zu Viele hinter ihm stehen. Daß die Betonung der Arbeiterschutzgesetzgebung stärker war, als es sich für ihre Werthschätzung gebührte, halten wir auch für richtig, und wir glauben bestimmt, daß diese übermäßige Betonung bei Manchen eine gewisse Unklarheit über die Perspektive, in welcher wir die letzten Ziele sehen, erregt hat. Eine gute Arbeiterschutzgesetz-

gebung wäre gewiß sehr erwünscht, ist aber bei den gegenwärtigen wirthschaftlichen Zuständen Deutschlands absolut unmöglich. Der beständige Hinweis auf England ist unrichtig, weil die dortigen Verhältnisse andere waren und die Geschichte nicht immer nach einem und demselben Paradigma heruntergeleiert wird.

Mit der Stellung zur „positiven Mitarbeit“ hängt auch die Stellung zum Parlamentarismus zusammen, der ja das Mittel zum Zweck derselben ist. Daß wir alle gesetzlichen Mittel benutzen müssen, und daß wir uns deshalb auch den Parlamentarismus nicht entgehen lassen dürfen, ist klar. Aber auch hier giebt es wieder Gradunterschiede, von demjenigen, welcher glaubt, daß der Stimmkasten die Lösung der sozialen Frage enthält, bis zu dem, der in der Wahlbeteiligung nur eine Revue unserer Kräfte sieht und in den Reichstagsreden nur Agitationsmittel.

Die letztere Ansicht war früher in der Partei die herrschende, als sie, mit Vollmar zu reden, noch eine Sekte war. Seitdem wir einen gewissen Einfluß auf die Verhandlungen haben, hat sich die Ansicht hierüber in den leitenden Kreisen der Partei geändert. Das ist natürlich, denn jede Ursache hat ihre Folgen. Es fragt sich nur, ob nicht in dieser Meinungsänderung zu sehr nach der ersteren Ansicht hingegangen ist. Die Opposition bejaht diese Frage. Aber auch hier sind im letzten Grunde subjektive Gründe maßgebend. Ein Beweis für die Opposition ist jedenfalls die nicht wegzuleugnende Thatsache, daß viele unserer Anhänger, namentlich in der Provinz in den kleinen Städten, thatsächlich auf dem reinen Stimmkastenstandpunkt stehen; zu solchen Anschauungen müssen sie doch dadurch gekommen sein, daß die Stellung der Leitung zum Parlamentarismus etwas zu sehr nach rechts geht. Für die feinsten Nuancen sind eben nicht alle empfänglich, da muß man auch einmal grobe Striche ziehen.

Der stereotype Einwand der Fraktion ist, daß nur auf diese Weise die Massen zu gewinnen seien, und daß man die Leute nicht mit Kraftworten und Revolutionsphrasen abschrecken dürfe.

Das ist in dieser Ausschließlichkeit nicht richtig. Man kann eben so gut sagen, daß die Arbeiter, je ungebildeter und bis dahin indifferenter sie sind, am ehesten durch recht faustige Kraftphrasen gewonnen werden können. Jedenfalls hat man für Beides Beispiele.

Aber ganz abgesehen davon muß man sich immer fragen, ob man nicht in den Konzessionen an die Indifferenten zu weit geht und dadurch die Klarheit bei den bereits Gewonnenen beeinträchtigt. Wenn Wildberger auf diese bis jetzt Indifferenten gar keine Rücksicht nehmen will, so ist das natürlich unrichtig; das ist auch wohl nur eine Uebertreibung, welche die erregte Stimmung verursacht hat; wenn aber die Opposition auf die Gefahr hinweist, welche durch die zu große Rücksichtnahme entsteht, so ist das ein großes Verdienst von ihr. Wie schwach es bis jetzt in den Massen, die zu uns gehören, mit dem Verständnis für die letzten Ziele der Partei bestellt ist, zeigt ja das bekannte Buch von Göhre.

Nun zu den Vollmarischen Anschauungen!

Vollmar nuanciert die Dinge nach der entgegengeetzten Seite. Auch er betrachtet die „positive Mitarbeit“ als ein Mittel, die Arbeiter für die gegenwärtigen Verhältnisse kräftiger und widerstandsfähiger zu machen, und geeigneter, ihr weiteres Ziel zu erkämpfen. Aber er legt ein noch größeres Gewicht auf sie, wie die Fraktion, schiebt das Endziel in weite Ferne hinaus und speist die Leute vorläufig mit der mageren „Mitarbeit“ ab.

Hier ist schon der Uebergang zum Possibilismus da; denn wenn das Endziel wirklich so fern ist, so ist natürlich für den Zeitlebenden die angenehme Gestaltung der Gegenwart die Hauptsache, er wird sagen: „Schafft hier das Leben gut und schön“ und sich um alles andere nicht viel kümmern. Solche platonische Verehrungen, wie sie Vollmar für die Revolution einführen möchte, halten nicht lange an. Da ist es denn nicht so unmöglich mehr, daß sich eine Reformpartei nach dem Muster der Trades Unions entwickelt.

Wir verdenken es Niemandem, wenn er von den Machtmitteln, die er in der Hand hat, Gebrauch macht, um Meinungen, die er für verderblich hält, zu unterdrücken. Die Rederei von der „freien Meinungsäußerung“ ist ein doktrinärer Unsinn; erstens pflegen die Menschen nicht so ideal gebaut zu sein, um sie vertragen zu können, und dieser Fehler in der moralischen Organisation wird immer stärker, je mächtiger sie werden; und zweitens kann man natürlich in einer Partei, die eben im Kampfe mit der ganzen Welt liegt, nicht Jeden quasseln lassen, wie er will. Eine Armee ist kein Diskussionsklub.

Nun hat die Parteileitung thatsächlich immer die Macht in den Händen. Aus natürlichen Gründen kommen auf den Parteitag immer Leute, die in ihrer Existenz von der Partei abhängig sind, weil eben die hervorragenden Genossen stets gemäßigelt werden und deshalb irgendwie von der Partei versorgt werden müssen. Diese Leute sagen naturgemäß immer „ja“ zu allem, was der Parteivorstand sagt.

Wie gesagt, wir verdenken es der Parteileitung nicht, wenn sie ihre Macht gebraucht; es fragt sich nur, ob es richtig war, sie in diesem Fall zu gebrauchen.

Die Opposition auszuschließen war beschlossene Sache. Soweit die Dinge von außen tagirt werden können, sollte zunächst das mythische „Parteiinteresse“ erhalten, ein Begriff, dessen Klautschulgeduld ja nicht so leicht zerreißt. Zu dem Zweck der Adressensturm aus der Provinz. Trotz des großen Aufwandes scheint aber die Sache nicht so

recht gegangen zu sein, und so wurde denn als Grund die „Verleumdungen und Lügen“ der Oppositionsführer angegeben.

Wir müssen gestehen, daß wir immer für einen etwas anständigeren Ton in den Diskussionen innerhalb der Partei geschwärmt haben. Wir haben auch den Ton der Opposition nicht billigen können — aber ebensowenig den Ton, der von der anderen Seite angeschlagen wurde. Es hat da Keiner dem Andern etwas vorzuwerfen; dazu kommt, daß die Äußerungen der Opposition aus dem Zusammenhang gerissen und anders aufgefaßt, wie sie gemeint waren, gar nicht so schlimm gewesen sind, wie man behauptet. So protestirte Werner z. B. mit Recht dagegen, daß ihm Vebel unterstellt, er habe Unregelmäßigkeiten in der Herausgabe von Parteigeltern behauptet.

Vermuthlich würde sich auch die ganze Angelegenheit anders gewandt haben, wenn nicht Auer mit einer Gewandtheit, um die ihm gewiß mancher Staatsanwalt beneidet, die Opposition zum freiwilligen Austritt getrieben hätte. Diese Thorheit, auf die Absichten ihres Gegners einzugehen, haben die Fünf schwer büßen müssen.

Und hier wird der Parteileitung beständig ein Vorwurf gemacht werden müssen, daß sie Leute wegen rein persönlicher Lappalien ausgeschlossen hat, und nicht aus sachlichen Gründen, um eine der Partei schädliche Meinung unschädlich zu machen.

Das wird sich rächen; aber leider ist es die Partei, die den Schaden tragen wird. Denn der Erfolg des Ausschlusses wird eine bedeutende Erstarkung des Anarchismus in Berlin sein. Das Unheil aber, das eine anarchische Partei über die deutsche Sozialdemokratie heraufbeschwören kann, ist nicht auszumalen. Die Ausschließung, abgesehen davon, daß das Vorgehen einzelner Persönlichkeiten bei derselben den schwersten Tadel verdient, ist auch ein schlimmer politischer Fehler gewesen.

Der Gegensatz zu Bollmar wurde überkleistert; hier war ein drastisches Vorgehen unmöglich, denn Bollmar bedeutet eine ganz andere Macht, wie die Berliner Opposition. Damit ist die Auseinandersetzung aber nur verschoben; und vielleicht werden Vebel und Liebknecht gezwungen sein, bald manches von dem zu erfüllen, was die Opposition verlangt, um dem Andrängen des rechten Flügels widerstehen zu können.

Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter in der Schweiz.

(Schluß.)

D. Z. In der Baumwolldruckerei zählte man 1882 4396 Arbeiter, wovon 2075 dem weiblichen Geschlecht angehörig. Der durchschnittliche Tagelohn wurde 1880 auf 2,46 Franken taxirt, und zwar für Drucker 3 Franken, Druckerinnen 1,90 Franken, Graveure 3,50 Franken, Handlanger 2,10 Franken, weibliche 1,10 Franken, Kinder 1,10 Franken und Streicher, d. h. Lehrlinge, 0,50 Franken.

Die Gesamtzahl der in der Bleicherei, Färberei und Appretur beschäftigten Arbeiter beträgt 1720, wovon 1055 = 61 pCt. männliche, 665 = 39 pCt. weibliche. Die Zahl der jungen Leute von 14—18 Jahren macht 112 aus, also 7 pCt. der Gesamtsumme. „Von all' diesen Arbeitern werden die männlichen in den kleineren Bleichereien durchweg, in den größeren wenigstens theilweise vom Arbeitgeber logirt und beschäftigt. Auch in den kleinen Färbereien und Appreturen findet sich dieses Verhältnis oft, in den größeren höchst ausnahmsweise. Die Kost ist wohl durchschnittlich als eine sehr reichliche und kräftige zu bezeichnen. Allgemein sind fünf Mahlzeiten per Tag üblich. Auch da, wo die Arbeiter sich selbst beschäftigen, werden zwei Zwischenmahlzeiten, meist aus Brot und einem beträchtlichen Quantum Most (Obstwein) oder leichtem Landwein bestehend, vom Arbeitgeber gereicht.“

Die Lohnverhältnisse sind ungefähr folgende: In den Färbereien verdienen Männer durchschnittlich etwa 3 Franken in den kleinen Geschäften, 4 Franken in den großen. Als Minimum für Erwachsene mag 2,10 Fr. anzunehmen sein; Frauen bekommen 1,50—2 Franken, Knaben 1,10—1,40 Franken. Die meisten Arbeiter haben Tage- und nicht Affordlohn. In den Bleichereien mit freier Verpflegung schwankt der Wochenlohn zwischen 10 und 20 Franken; in den anderen beträgt er 3,50 Franken, kann aber ansteigen bis auf 6 Franken per Tag. In den Appreturen wird ebenfalls in der Regel im Taglohn gearbeitet. Die Löhne sind sehr verschieden. Knaben bekommen von 1,40 Franken an, Frauen von 1,40—2,20 Franken in Weißwarenappreturen. Die Männer verdienen 2,50—3,50 Franken, ja einzelne wenige bis 5 Franken. Beträchtlich höher stellen sich die Löhne in Seidenappreturen, wo es weibliche Personen auf 75—85 Franken per Monat bringen. Männer selbst auf 150—175 Franken. Ein Lohn von 4 Franken kann wohl hier als Durchschnitt gelten, ohne Einrechnung der Zwischenmahlzeiten.

In der Papierfabrikation sind 1821 Personen, wovon 939 dem männlichen und 882 dem weiblichen Geschlecht angehören, beschäftigt. „Der Erwerb dieser Leute variiert sehr je nach der Fertigkeit und der Art der Arbeit. Obenan stehen die Führer der Papiermaschinen mit 4,50—5 Franken und die Holländerer mit

2,60—4 Franken; im Durchschnitt etwa 3 Franken. Auch die anderen männlichen Arbeiter stellen sich ungefähr so hoch. Die Frauen, die meist im Afford arbeiten, haben Löhne von 1,30—3 Franken; im Durchschnitt mögen sie sich auf 1,80 Franken, höchstens 2 Franken stellen.“

Buchdruckereien standen 1886 161 mit 2844 Arbeitern unter dem Fabrikgesetz. Sehr groß ist auch die Ziffer der nicht unterstellten, d. h. der nur fünf oder weniger Arbeiter beschäftigenden. Daß unter diesen viele junge Leute sich befinden, geht schon aus der Zahl von 365 Lehrlingen hervor, die nach den Berichten des schweizerischen Typographenbundes auf 1294 Setzer gehilfen und Maschinenmeister entfallen. Nach der Fabrikstatistik sind 20 pCt. der Arbeiter in Buchdruckereien und Buchbindereien unter 28 Jahren. Weibliche Personen finden nur hier und in sehr beschränkter Zahl in Buchdruckereien Verwendung. Die verhältnismäßig zahlreicheren weiblichen Personen in Buchbindereien mit eingerechnet, bilden sie 15 pCt. der Arbeiterschaft.

Die Arbeitszeit der Buchdrucker beträgt in einem Drittel der Fälle 11 Stunden, hier und da 10¹/₂, sehr oft 10 Stunden. Zwischenpausen sind nicht obligatorisch und oft sehr kurz, da die Erfrischungen im Arbeitsraume genossen werden. Die Bezahlung der Arbeit ist in den letzten 15 Jahren eine ca. 20 pCt. höhere geworden. Das sogenannte Gewirgeld schwankt zwischen 22 und 33 Franken wöchentlich. In Basel war anno 1883 das Lohnminimum für Setzer 25 Franken, in Zürich verdienten gute Arbeiter 36—50 Franken.

Ueber die Arbeitsverhältnisse der Buchbinder hat Dr. Schuler nichts Genaueres angeben können. Dagegen sind wir im Stande, die Lücke einigermaßen ausfüllen zu können. Es hat in den ersten Monaten dieses Jahres der Schweizer Buchbinderverband eine statistische Erhebung veranstaltet und die Resultate derselben im vorigen Monat (August) in der Stuttgarter „Buchbinderzeitung“ veröffentlicht. Eine allgemeine Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse der Buchbinder in der Schweiz ermöglichen die Ergebnisse leider nicht, und so wollen wir hier nur die speziellen Verhältnisse aus zwei Städten, nämlich Basel und Zürich, nach jenem Berichte schildern.

In Basel sind 75 Arbeiter beschäftigt, welche folgende Arbeitslöhne per Woche erhalten: 2 Arbeiter je 15 Franken, 20 Arbeiter je 18 Franken, 18 je 20 Fr., 20 je 24 Franken, 10 je 27 Franken, 4 je 30 Fr. und 1 über 30 Franken.

In Zürich beschäftigen die Buchbindereien 154 Arbeiter. An wöchentlichen Arbeitslöhnen erhalten: 4 Arbeiter je 12 Franken, 3 je 15 Franken, 18 je 18 Fr., 37 je 20 Franken, 45 je 24 Franken, 25 je 27 Franken, 11 je 30 Franken und 9 je 35 Franken; 2 Affordarbeiter beziehen einen Lohn von je 40 Franken. Die Arbeitszeit beträgt im Maximum 11 Stunden; jedoch ist die 10stündige die meist gebäuchliche.

Die Maschinenindustrie beschäftigte 1882 11 489 Personen, worunter sich 87 weibliche befanden. Die Arbeiter von 14—18 Jahren machen 10,5 pCt. der gesamten Arbeiterschaft aus. Die Arbeitszeit beträgt nirgends mehr als die gesetzlichen 11 Stunden, dagegen ist im vorigen und auch in diesem Jahre in den meisten Etablissements die 10stündige tägliche Arbeitszeit eingeführt worden. Als Mittelzahl des Jahresverdienstes für eine Reihe von Fabriken der Ostschweiz ergab sich nach Dr. Schuler die von 1071 Franken, „bei einzelnen Fabriken fand ich den durchschnittlichen Tagelohn 4,10 Franken, 3,98 Franken, 3,50 Franken. Er mag auch noch hier und da bedeutend niedriger sinken. Aber innerhalb des gleichen Geschäftes giebt es Arbeiter — Tagelöhner — mit 2 und 2,50 Franken, wie hinwieder solche mit 7 und 8 Franken. Im Ganzen scheinen die Arbeiter in großen Geschäften besser gestellt, als die in kleinen.“ — Soweit aus Dr. Schuler's Schrift.

Ein in einer Holzstoffabrik beschäftigter Arbeiter gab 1885 seinen Jahreslohn auf 840 Franken im „Grütliener“ an.

Auch über einzelne Gewerbe liegen lohnstatistische Angaben vor, die meistens von beruflichen Organisationen der Arbeiter herrühren. So entfaltete im Vorjahr der Bäckersachverein in Basel eine Enquete, die sich auf 53 Bäckereien mit 127 Arbeitern erstreckte. Es wird in der bezüglichen Publikation (im Baseler „Arbeiterfreund“) die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit auf 14 Stunden angegeben; nur in 2 Geschäften beträgt sie bloß 10 Stunden, dagegen steigt sie in einer Anzahl anderer Geschäfte auf 15, 16, 17—18 Stunden täglich an. Der Arbeitslohn beträgt per Monat 22—60 Fr.; er dürfte im Durchschnitt 30 Franken nicht übersteigen, d. h. neben sogenannter freier Station. In zwei Brotfabriken erhalten 11 Arbeiter 115 Franken und 8 Arbeiter 140 Franken Monatslohn ohne „freie Station“.

Der Jahreslohn eines Maurers wird vom St. Galler Maurersachverein auf 985 Franken und vom Neuenburger auf 1080 Franken angegeben. Der Neuenburger Fachverein giebt einige weitere Detailzahlen an, wonach an Stundenlöhnen erhalten die Pflasterträger 22—23, die Handlanger 32—34, die Gruben- und Tunnelarbeiter 38—40, die Maurer 42 bis 45, die Zementer 67—70 Zentimes. In diesem Frühjahr wurde für alle diese Arbeiterkategorien Lohn-erhöhung verlangt.

Für Schuhmacher werden als Durchschnitts-

wochenlöhne angegeben von Basel 15 Franken, Lausanne 16,09 Franken und Luzern 18 Franken.

Die Maler in Wintertthur geben ihren Jahreslohn an mit durchschnittlich 770,90 Franken. Zwei Dekorationsmaler erzielen einen Jahreslohn von 1100,30 Franken resp. 1298,80 Franken.

Ueber die wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen berichtet Schappi in seiner Schrift über die „Besserstellung der unverheirathet bleibenden Frauen.“ So schreibt er über die Verhältnisse in der Stadt Zürich: „Eine Weißnähterin verdient täglich 1 bis 2,50 Franken bei wöchentlicher oder vierzehntägiger Lohnzahlung. Wo die Arbeit beim Stück bezahlt wird, ist der Lohn sehr verschieden. Ein einfaches Frauenhemd wird mit 26—65 Zentimes, ein Herrenhemd mit 25 bis 65 Zentimes, eine Schürze mit 10—30 Zentimes bezahlt. Dazu müssen die Arbeiterinnen das Nähmaterial stellen, so daß sie bei strenger Arbeit an manchen Orten nur 6—9 Franken in 14 Tagen verdienen können.“

In der Kleiderfabrikation schwankt der Lohn einer Arbeiterin von 1,50—3 Franken täglich, oder wo Kost und Logis geboten wird, 5—6 Franken per Woche. Anfängerinnen erhalten durchschnittlich 2,50—3 Franken per Woche, tüchtige Zuschneiderinnen 100 Franken monatlich, ganz ausgezeichnete bis 4000 Franken jährlich.

Glätterinnen und Wäscherinnen verdienen durchschnittlich 2 Franken per Tag, Kravattenmacherinnen 2—3 Franken, Korsettarbeiterinnen 1,50—4 Franken, Möbelarbeiterinnen 2,50—4 Franken, oder wöchentlich 5—6 Franken bei freier Station. In der Lithographie, Buchdruckerei und Buchbinderei beträgt der tägliche Durchschnittslohn 80 Zentimes bis 2,50 Franken ohne Beköstigung.

Ueber viele Konfektionsgeschäfte gehen Klagen ein. Man findet die Arbeitszeit zu lang, denn sie dauert nicht selten von 6 Uhr Morgens bis 11—12 Uhr Nachts ohne geringe Unterbrechungen.

Daran reihen sich weitere Klagen über schlechte und ungenügende Kost. Die Lehrtöchter haben in den Arbeitszimmern oft zu wenig Raum, es sind derselben zu viele zusammengedrängt. Sie verlieren bald ihre Farbe, klagen über Kopfweh und Schwäche . . .“

Vor wenigen Wochen berichtete das in Luzern erscheinende ultramontane „Vaterland“ über die Arbeiterinnenverhältnisse in dieser Stadt: „Es betreiben gegenwärtig in der hohen Saison gewisse Konfektionsgeschäfte die Ausbeutung in einem derartigen Maße, daß es geradezu unverantwortlich wäre, wenn der Staat länger zusehen würde. So kam es in einem solchen Geschäfte letzte Woche wiederholt, daß die Arbeiterinnen, Mädchen im Alter von 17 bis 22 Jahren, bis Morgens 3 Uhr arbeiten mußten. Um 7 Uhr Morgens begann die Arbeit und dauerte ohne Unterbrechung bis Mittags 12 Uhr. Nach einer Pause mußte dieselbe von 1 bis 7 Uhr Abends fortgesetzt werden. Nach Schluß dieser ordentlichen Arbeitszeit hatten dann die Arbeiterinnen von 8 Uhr bis um 3 Uhr Ueberzeitarbeit zu leisten, ohne daß ihnen seitens der Geschäftsinhaberinnen eine Tasse Thee oder ein Glas Wein verabreicht worden wäre. Und das Alles gegen einen täglichen Lohn von 1,50 Franken ohne Kost!“

Bei dieser wirthschaftlichen Lage der schweizerischen Arbeiter ist es freilich nur eine ganz natürliche Erscheinung, daß es mit ihrer Gesundheit schlecht bestellt ist und Tausende von ihnen im schönsten Alter an der Lungenschwindsucht dahinsiechen müssen. Aber während die Proletarier, die armen Kinder des Landes, ihrer Lebensfreude und um eine Reihe von Lebensjahren durch die schlechte Gesellschaftsordnung beraubt werden, strömt hier die Bourgeoisie der ganzen Welt zusammen, um sich in der kräftigenden Alpenluft zu stärken.

Sind die in beiden Artikeln von der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter in der Schweiz gegebenen Schilderungen auch nicht völlig genügend, so reichen sie doch hin, um sich davon eine den Thatfachen entsprechende Vorstellung zu machen; sie reichen auch hin, um klar zu machen, daß die schweizerische Arbeiterschaft hinsichtlich der ihr bescheerten Summe von Elend und Noth in dieser Beziehung mit der Arbeiterschaft aller Länder erfolgreich konkurriren kann. Und das, trotzdem die sozialpolitische Gesetzgebung in der Schweiz allen anderen Ländern voraus ist und den Arbeitern Vortheile geboten werden, wie solche nirgends genießen. Die republikanischen Kapitalisten, welche das „Geschäft“ nicht minder gut verstehen als die geriebensten Berliner Vbrsenjobber und die nur mit Widerwillen, dem Zwange der Verhältnisse gehorchend, in „Sozialreform“ machen, die der Sozialdemokratie voller Haß und Abscheu gegenüberstehen, werden nicht verhindern können, daß auch im schönen Schweizerlande die Entwicklung der Dinge den Lauf nehmen muß und der dahin tendirt, die Ziele der revolutionären Sozialdemokratie zu verwirklichen.

Verschiedenes.

— Aus dem Lande der gestirnten Fahnen gab der Delegirte Bölgger, Dortmund auf dem Rheinisch-Westfälischen Metallarbeiteritag am 20. September zu Ueberfeld folgende Schilderung der dortigen Fabrik- und Metallarbeiter: Er führte aus, daß wohl schwerlich ein anderer Delegirter solche Zustände zu berichten hätte, wie sie unter den Fabrik- und Metallarbeitern Dortmunds und Umgegend herrschen. In Dortmund seien ungefähr 10—12 000 Fabrik- und Metallarbeiter beschäftigt, während sich die Zahl der organisirten Arbeiter dieser Branche auf höchstens 120 bis 150 beliefe. Hauptsächlich interessirten sich

Was sollen wir also thun!

Von Graf Leo Tolstoi. Deutsch von August Scholz.

XVI.

Es war mir schwer geworden, zu dieser Erkenntnis zu gelangen, als ich jedoch zu derselben gelangt war, erschraf ich über die Verirrung, in der ich gelebt hatte. Ich stand selbst bis an die Ohren in Schmutz und wollte Andere aus demselben herausziehen.

Was ist denn im Grunde genommen, was ich will? Ich will Anderen Gutes thun, will alles so einrichten, daß die Menschen wieder hungern, noch frieren, daß sie so leben können, wie es Menschen zukommt.

Ich will das, und ich sehe, daß in Folge der Gewaltthaten, der Erpressungen und mannigfachen Kniffe, an denen ich theilnehme, den Arbeitenden das Unentbehrliche weggenommen wird, und daß die Nichtarbeitenden, zu denen auch ich gehöre, sich die Arbeit der Andern reichlich zunutze machen.

Ich sehe, daß diese Ausnutzung fremder Arbeit in der Weise angeordnet ist, daß, je listiger und schlauer jene Kniffe entweder von der gegenwärtigen oder einer früheren Generation der Ausbeuter angelegt sind, desto größerer Nutzen aus der fremden Arbeit gezogen und desto weniger eigene Arbeitskraft verwandt wird.

Zuerst kommen die Stieglitz, Morosow, Demidow, Zussupow u. s. w., dann die großen Bankiers, die Kaufleute, Beamten, Grundbesitzer, zu denen auch ich gehöre; dann kommen die kleineren Ausgauger — die Händler und Geschäftleute aller Art, die Schankwirth, Bucherer, die Kreisrichter, Aufferer, Lehrer und Künstler, dann die Hausknechte, Lakaien, Kutscher, Wasserführer, Droschkenbesitzer, Briefträger, und zu allerletzt erst das arbeitende Volk, die Fabrikarbeiter und Bauern, deren Zahl sich zur Zahl der ersteren verhält wie 10 : 1. Ich sehe, daß das Leben der neun Zehntel arbeitender Menschen seinem Wesen nach Anspannung und Arbeit erfordert, wie überhaupt jedes naturgemäße Leben, daß jedoch in Folge von allerhand Kniffen und Listen diesen Leuten das Unentbehrliche entzogen und ihr Leben mit jedem Jahre schwieriger und entbehrlicher wird, während unser Leben, das Leben der Nichtarbeitenden, dank der auf eben dieses Ziel gerichteten Mitwirkung der Wissenschaften und Künste, mit jedem Jahre überflüßreicher, anziehender und gesicherter wird. Ich sehe, daß in unserer Zeit das Leben der Arbeiter, insbesondere der Greise, Weiber und Kinder aus arbeitendem Stande, geradezu aufgerieben wird durch die überanstrengende, mit der Ernährung nicht in Einklang stehende Arbeit, daß dieses Leben nicht einmal bezüglich der ersten und nothwendigsten Bedürfnisse gesichert ist, und daß im Gegensatz hierzu das Leben des nichtarbeitenden Standes, zu dem auch ich gehöre, mit jedem Jahre an Ueberfluß und Leppigkeit zunimmt und immer sicherer und gesicherter wird und jenen Glücklichen, zu denen auch ich gehöre, eine solche Summe von irdischen Gütern gewährt, wie man sie in früherer Zeit sich nur in Märchenbüchern ausmalte. Die Sage vom „Fischlein deck dich“ vom zauberhaften Hechtel ist heute zur Wirklichkeit geworden.

Die „Glücklichen dieser Erde“ befinden sich in einer Lage, die sie nicht nur von dem natürlichen Gesetz der Arbeit zum Zwecke der Lebenserhaltung befreit, sondern ihnen auch die Möglichkeit giebt, ohne Arbeit alle Güter des Lebens genießen und den Beutel mit dem Hechtel an ihre Kinder, oder wen sie sonst wollen, weiterzugeben. Ich sehe, daß die menschlichen Arbeitsprodukte immer mehr und mehr aus den Händen der arbeitenden Volksmasse in die Hände der Nichtarbeitenden übergehen, daß die Pyramide des gesellschaftlichen Gebäudes gleichsam auf den Kopf gestellt wird, so daß die Steine des Fundaments nach oben kommen, und daß die Schnelligkeit, mit welcher diese Umwälzung vor sich geht, sich in geometrischem Verhältniß vergrößert. Ich sehe, daß etwas Aehnliches geschieht, wie wenn in einem Ameisenhaufen das lebendige Gefühl der Gemeinschaft, des alle zwingenden Gesetzes der einzelnen Ameisen verloren ginge und nun ein Theil der Ameisen die Produkte der Arbeit vom Grunde des Haufens nach seinem Gipfel schleppte, wie wenn sie die Grundlage des Haufens verengerten und seinen Gipfel verbreiterten, und dadurch auch alle übrigen Ameisen veranlaßten, vom Grunde des Haufens nach seinem Gipfel überzusiedeln. Ich sehe, daß die Menschen statt des Ideals eines arbeitsamen Lebens sich das Ideal des Beutels mit dem Hechtel erwählt haben.

Die Reichen, und darunter auch ich, suchen sich durch allerhand Kniffe diesen Hechtel zu verschaffen und ziehen, um sich seiner Segnungen zu erfreuen, in die Stadt, in welcher nichts produziert und alles verschlungen wird. Und der arme arbeitende Mensch, der deshalb geplündert worden ist, damit der Reiche den Hechtel habe, eilt diesem nach in die Stadt und verlegt sich dort gleichfalls auf allerhand Kniffe, um sich entweder selbst eine Stellung zu schaffen, die ihm gestattet, wenig zu arbeiten und viel zu genießen, indem er dadurch seinerseits auf die übrige Masse der Arbeitenden drückt — oder, nachdem er eine solche Stellung nicht erlangt hat, zu Grunde zu gehen und in die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit anwachsende

Menge der hungernden und frierenden Asylbewohner hinabzusinken.

Ich gehöre zur Kategorie dieser Leute, die durch allerhand Kniffe dem arbeitenden Volke das Unentbehrliche wegnehmen und sich durch ihre Kniffe den zauberhaften Hechtel verschafft haben, der nun jenen Unglücklichen ein Vergerniß giebt. Ich will den Menschen helfen, und darum ist es klar, daß ich vor allem sie nicht plündern darf, wie ich das in Wirklichkeit thue. Was ist's denn, was ich thue? Nachdem ich durch allerhand komplizierte, verschlagene, böshafte, jahrhundertlang fortgeführte Kniffe zum Inhaber des Hechtels geworden bin und nun Hunderte und Tausende zwingen, für mich zu arbeiten, bilde ich mir ein, ich sei ein Freund der Menschen und könne ihnen helfen. Ich sitze einem Menschen auf dem Nacken und wüрге ihn und verlange, daß er mich trage — und dabei suche ich, ohne von seinem Nacken hinunterzusteigen, mir und Anderen einzureden, daß er mir von Herzen leid thue, und daß ich gern seine Lage durch alle möglichen Mittel erleichtern möchte, nur nicht dadurch, daß ich von seinem Nacken hinabsteige.

Die Dinge liegen so einfach. Wenn ich den Armen helfen, d. h. die Armen in Nichtarme verwandeln will, so darf ich diese Armen nicht erst arm werden lassen. So aber gebe ich diesen Armen, die von ihrem Lebenspfade gedrängt worden sind, nach Belieben einen oder zehn oder hundert Rubel; auf jeden Rubel aber, den ich gebe, kommen tausend Rubel, die ich denjenigen nehme, welche noch nicht vom Pfade gedrängt worden sind, und mache diese nicht nur gleichfalls zu Armen, sondern verführe sie auch noch zum Lafter.

Die Sache ist, wie gesagt, sehr einfach; es war mir jedoch außerordentlich schwer, das alles voll und ganz, ohne jeglichen Vorbehalt und jedes Kompromiß, welches etwa meine Stellung in der Gesellschaft hätte rechtfertigen sollen, zu begreifen. Ich brauchte indessen nur meine Schuld einzusehen und zu gestehen, und sogleich ward mir alles, was mir früher so unklar, absonderlich und verwickelt erschienen war, vollkommen deutlich und durchsichtig. Und der Weg meines Lebens, wie er sich aus dieser neuen Erkenntnis ergab, war nicht mehr der verworrene, ziellose, qualvolle von ehemals, sondern eben, gerade und angenehm.

Wer war ich denn eigentlich — ich, der ich den Menschen helfen wollte? Ich, der Verwechelte, Geschwächte, Hilflose, der sich von hundert Menschen bedienen lassen muß, der um zwölf Uhr Mittags aufsteht, nachdem er die Nacht zum Tage gemacht und mit allerhand Thorheiten verbracht hat — ich will den Leuten helfen, und zwar was für Leuten? Leuten, die um fünf Uhr des Morgens aufstehen, die auf der Diele schlafen, die von Brot und Kohlsuppe leben, die pflügen, mähen, zimmern, ein Pferd vorspannen, nähen können — Leuten, die an Kraft und Ausdauer, an Geschicklichkeit und Enthaltfamkeit mich hundertmal übertreffen — diesen Leuten will ich helfen! Was konnte ich, als ich zu diesen Leuten in Beziehungen trat, wohl sonst empfinden, als Schamgefühl? Der Schwächliche unter ihnen — der Trunkenbold aus dem Michanowschen Hause, den sie einen Faulenzer nennen, ist hundertmal arbeitssamer, als ich; seine Bilanz, d. h. das Verhältniß dessen, was er von den Menschen nimmt, zu dem, was er ihnen giebt, steht tausendmal günstiger, als meine Bilanz, wenn ich berechne, was ich ihnen gebe und nehme.

Und diesen Menschen will ich helfen! Ich will den Armen helfe! Aber wer ist denn im Grunde genommen der Arme? Armer als ich kann doch kein Mensch sein. Ich bin ein entkräfteter, zu nichts tauglicher Parasit, der nur in ganz exklusiven Verhältnissen zu existiren vermag, der nur dann leben kann, wenn Tausende von Menschen sich abmühen, um sein Leben, das doch niemandem von Nutzen ist, zu erhalten. Und ich, die Blattlaus, die am Laube des Baumes frißt, ich will dem Wuchs und der Gesundheit dieses Baumes aufhelfen, ich will den Baum kurtiren!

Ich bringe mein ganzes Leben in folgender Weise zu: ich esse, spreche und höre; esse, schreibe und lese, d. h. wiederum spreche und höre; esse, spiele, esse, spreche und höre wieder, esse und lege mich schlafen; und so geht es einen Tag wie den andern. Ich kann und verstehe nichts Anderes. Und damit ich das thun kann, müssen vom Morgen bis zum Abend der Hausknecht, der Bauer, die Köchin, der Koch, der Lakai, der Kutscher, die Wäscherin arbeiten, nicht zu reden von den Arbeiten anderer Menschen, welche nothwendig sind, damit diese Kutscher, Köche, Lakaien u. s. w. die nöthigen Werkzeuge und Geräthe haben, deren sie sich bedienen, wenn sie für mich arbeiten — die Beile, Fässer, Bürsten, Geschirre, Möbel, ferner das Wachs, die Wächse, das Petroleum, das Heu, das Holz das Rindfleisch. Und alle diese Menschen müssen den ganzen Tag, und Tag für Tag schwer arbeiten, damit ich sprechen, essen und schlafen kann. Und ich, dieses erbärmliche Geschöpf, hatte mir eingebildet, daß ich andern Menschen helfen könne — denselben Menschen, die mich füttern und erhalten!

Nicht darüber kann man sich wundern, daß ich niemandem helfen konnte, und daß ich Scham empfunden

habe, sondern nur darüber, daß mir überhaupt ein so abgeschmackter Gedanke in den Sinn kommen konnte. Jene Frau, die den kranken Greis pflegte, hat diesem Greise geholfen; jene Bäuerin, die dem Bettler ein Stück Brot gab, daß sie mit eigenen Händen gesäet, gemahlen und gebacken hatte, hat dem Bettler geholfen; Semjon, welcher dem armen Greise die drei Kopelen gab, hat demselben geholfen, denn er hatte diese drei Kopelen verdient, und sie stellten in der That seine Arbeit vor. Ich aber habe niemandem gedient und für niemand gearbeitet und wußte sehr wohl, daß mein Geld nicht meine Arbeit vorstellte.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt.

Sonnabend, Vormittag.

Abg. v. Vollmar: Als das Sozialistengesetz erlassen wurde, sagte Bebel wiederholt im Reichstage: das Gesetz ist nur auf Probe gegeben, man warte nur, bis wir die erste Dummheit machen, um noch schärfere Waffen gegen uns anzuwenden. Nun, nachdem das Sozialistengesetz gefallen, hören wir plötzlich, daß die Aufhebung des Gesetzes gar keinen Werth hat. Mag man über die Aufhebung des Sozialistengesetzes denken wie man will, so viel steht fest, mit der Aufhebung des Gesetzes und dem Abgange Bismarcks, die ja nothwendig zusammenfallen mußten, ist eine Wendung eingetreten. Bismarck hat ausländischen Journalisten gegenüber offen ausgesprochen, daß die soziale Frage in letzter Linie eine militärische Frage sei, die nur auf dem Schlachtfelde gelöst werden könne und er wünsche nichts sehnlicher, als daß, so lange er die Macht in Händen habe, er Gelegenheit haben möge, die Frage in dieser Weise zu lösen. Ein derartig blutiger Aderlaß könne dem Volkstörper nur vorthellhaft sein. Diese raffinierte, geradezu provokatorische Gewaltpolitik ist jedenfalls beseitigt und deshalb ist ein Wendepunkt nicht zu leugnen. Die Spannung ist allerdings nach wie vor vorhanden und muß auch vorhanden sein, jedenfalls aber sind andere Verhältnisse eingetreten. Als nun das Sozialistengesetz gefallen war, da verlangte die Opposition in Berlin, wir sollten den bisherigen Ton, den wir unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes angeschlagen, nicht nur beibehalten, sondern noch verschärfen. Man griff auf die Haltung der Partei zurück, als sie noch gewissermaßen eine Sekte war und sich demgemäß mehr kritisch verhielt. Ich will nicht sagen, daß wir vor den Wahlen 1890 eine kleine Partei waren, allein die Wahlen im Februar 1890 haben bewiesen, daß wir die stärkste Partei in Deutschland sind, und demgemäß muß unsere Taktik eine andere sein, als im Jahre 1889.

Ich habe mich gefreut, daß gestern Bebel ausdrücklich betont hat, es muß unser Bestreben sein, die Massen zu gewinnen, diese gewinnen wir aber nicht, wenn wir ihnen bloß unsere Endziele versprechen, sondern wenn wir die Massen haben wollen, dann müssen wir ihnen zeigen, daß wir bestrebt sind, ihnen ihre augenblickliche Lage zu verbessern. Bebel sagte gestern: Wir stellen Anträge im Reichstage, hauptsächlich im propagandistischen Interesse, unbekümmert darum, ob sie angenommen werden. Dem kann ich durchaus nicht beistimmen. Ich bin der Meinung, es kann durchaus nicht gleichgültig sein, ob unsere Anträge angenommen oder abgelehnt werden. Wenn wir die Einführung des Normalarbeitstages im Reichstage beantragen, dann muß es uns doch darum zu thun sein, unseren Antrag durchzubringen. Ich habe nun in meiner Münchener Rede gesagt: wir müssen langsam vorwärts gehen, und ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, bemüht sein, den dornenvollen Weg, den wir bis zu diesem Ziele zurückzulegen haben, möglichst gut einzurichten. Bebel sagte: wenn er die Wahl zwischen dem Stürmen und dem langsamen Vorwärtsgang habe, dann wähle er das Erstere. Nun, ich muß dem Genossen Bebel sagen: Bei den heutigen militärischen Verhältnissen könnten wir uns bei dem Stürmen leicht die Köpfe einrennen. Ich bin der Meinung, eine Partei, die bei den letzten Wahlen eine und eine halbe Million Stimmen hatte, die sich bei den nächsten Wahlen verdoppeln dürfte, hat die Verpflichtung, auf ruhigen, gesetzlichem und parlamentarischem Wege vorzugehen. Es ist nun gesagt worden: ich wolle die Partei zu einer Reformpartei machen. Bebel sagte: die Partei würde mit dieser Taktik einer Verumpfung entgegengeführt werden. Ja, da muß ich doch die Berliner „Jungen“ in Schutz nehmen. Wenn Bebel einen solchen Vorwurf erhebt, dann muß er sich auch gefallen lassen, daß ihm die Berliner „Jungen“ denselben Vorwurf machen. Ich nehme den Berliner „Jungen“ ihre gegen mich gerichteten Angriffe nicht übel. Was eine Berliner Versammlung in der Nacht um 12 Uhr beschließt, darf man nicht so tragisch nehmen. (Heiterkeit.) Ich muß aber den Genossen Bebel auf Karl Marx verweisen. Was sagte dieser? „Die Wiedergeburt des englischen Proletariats geht Hand in Hand mit der englischen Fabrikation.“ Wenn man mir Verumpfung vorwirft, dann gebührt Marx derselbe Vorwurf.

Es wird immer gesagt: das was ich anstrebe, könnte dazu führen, daß wir unsere Endziele ausführen. Ich bin der Meinung: je mehr wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung erreichen, desto schneller gelangen wir zu unseren Endzielen. Ich habe vor Uebereilung gewarnt und ein langsames Vorgehen empfohlen, weil ich nicht will, daß wir bei einem zu schnellen Vorgehen einen Rückschlag erleiden, der unsere Bewegung auf lange Zeit hinaus zurückwerfen würde. Seit neuerer Zeit sind die Prophezeiungen in der Partei Mode geworden. Von der einen Seite wird prophezeit, daß unsere Endziele im Jahre 1898 verwirklicht werden dürften, Andere meinen: die Verwirklichung unserer Ziele dürfte schon im Jahre 1898 erfolgen, Andere meinen wieder, das könnte schon 1892 geschehen. (Heiterkeit.) Diese Prophezeiungen resultiren aus dem Ausspruch: „Die Verwirklichung unserer Ziele dürfte sich vielleicht schneller vollziehen, als wir es träumen lassen. Der nächste Krieg, der nicht mehr fern ist, sagt Bebel, wird zu einem allgemeinen Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft führen, dann kommt der große Kladderadatsch und wir werden im Stande sein, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und unsere Endziele zu verwirklichen.“ Ich komme dabei auf die auswärtige Politik. Man hat mich ja einen patriotischen Mann genannt. Allein auch Bebel wird jetzt in ausländischen Zeitungen als Patriot bezeichnet, der, wenn es zum Kriege kommen sollte, als erster Fahnenträger der Regierung gegen den auswärtigen Feind kämpfen würde. (Werner: Sehr richtig!) Ich will gleich von vornherein erklären, daß ich den Standpunkt Bebel's in der auswärtigen Politik theile. (Abd. der Opposition.) Auch ich bedauere, daß durch den Dreibund die Kriegsgefahr im Wachsen begriffen ist. Allein ich bin der Meinung, daß wir Alles auf-

zubieten haben, was geeignet ist, einen Krieg zu verhindern. Ich will die Schrecknisse nicht ausmalen, die ein Sieg Russlands über Deutschland bringen könnte, und ich bin überzeugt, wenn das deutsche Vaterland von einem auswärtigen Feind angegriffen würde, dann wären die deutschen Sozialdemokraten nicht die letzten, die Alles aufbieten würden, um den Feind zu schlagen. Ich bin der Meinung, wir dürfen nicht mit Träumen rechnen, wir können uns nicht danach richten, wenn ein Erdbeben im Kalender verzeichnet ist, wenn ein Schächer Thomas eine Prophezeiung macht, sondern wir können nur mit natürlichen Verhältnissen rechnen. Ich muß bemerken: eine solche Prophezeiung, wie sie von Bebel aufgestellt worden ist, ist geradezu gefährlich. Die Massen werden selbstverständlich sagen: wenn der Tag so nahe ist, wo wir unsere Endziele erreichen werden, wozu wollen wir noch uns mit der kleinsten Agitation wie die Erreichung des Achtstundentages befassen.

Eigentlich ist es, daß man nur mit Siegen rechnet und gar nicht eine Niederlage ins Auge faßt. Und was ein Sieg Russlands über Deutschland für die Arbeiter bedeuten würde, diese Schrecknisse will ich gar nicht ausmalen. Die „Berliner Volkstribüne“, die mich des Chauvinismus bezichtigt, schreibt: „Es kann uns gar nichts angenehmer sein, als ein Krieg, wir können dabei nur gewinnen und deshalb wünschen wir, daß der Krieg so schnell als möglich kommt.“ Ja, wenn man auf diesem Standpunkte steht, dann kann ich es auch notwendig, der Regierung die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen, denn mit Wappenstein können doch die Rüssen nicht geschlagen werden. (Heiterkeit.) Die Bemerkung der „Volkstribüne“ paßt wenig zu der Forderung: Abschaffung aller Kriege. Die „Volkstribüne“ erinnert mich an Viktor Hugo, der auch den Frieden wollte, er wollte aber noch einen Krieg führen — gegen Deutschland. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß ein Krieg für die Arbeiterbewegung von den unheilvollsten Folgen wäre und kann mich der Ansicht keineswegs anschließen, daß der nächste Krieg der letzte sein würde. Deshalb haben wir alles aufzubieten, was geeignet ist, den Krieg zu vermeiden, oder soweit als möglich hinauszuschieben. Man scheint ganz vergessen zu haben, daß der Brüsseler Kongreß dieselbe Ansicht ausgesprochen hat. Ich kann nicht umhin, zu behaupten, daß das, was Bebel von dem zukünftigen Kriege erhofft, nur ein Phantombild ist, und ich bin der Meinung, es ist gut, das dies so ist. Eine voreilige Bewirkung unserer Ziele ohne festen Untergrund wäre unsere höchste zu beklagen. Es wäre dies nichts weiter als eine Wiebergeburt der Pariser Kommune mit allen ihren Verfehrtheiten und Rückschlägen. Ich bin am Ende meiner Ausführungen und wiederhole, ich habe keineswegs eine neue Taktik empfohlen, ich will bloß, daß die auf dem vorjährigen Parteitage beschlossene Taktik konsequent durchgeführt werde. Ich bin der Meinung, die Divergenz der alten in die neue Welt kann sich nicht sprunghaft durch ein elementares Ereignis, sondern kann sich nur langsam, in natürlicher Entwicklung vollziehen. Diesen Umstand müssen wir im Auge behalten und danach haben wir unsere Taktik einzurichten. (Beifall.)

Wildberger Berlin verliest zunächst eine Reihe von Ausführungen Liebknecht's, die letzterer im Jahre 1889 gethan, wonach der Parlamentarismus als eine Komödie, als ein Pakt mit den herrschenden Klassen, als Verrat an der Arbeiterklasse bezeichnet wird. Ähnliche Ausführungen habe Liebknecht noch 1876 gethan und diese Reden sogar in Broschürenform erscheinen lassen, heute werde jedoch an dieser parlamentarischen Komödie theilgenommen und die Anträge so eingerichtet, daß sie auch von den gegnerischen Parteien unterschrieben werden können. Bebel habe sich, im Hinblick auf die Einführung des rauchlosen Pulvers, für die Bewilligung dunkler Uniformen erklärt u. s. w. Die Partei gehe in der That einer Verflachung und Verflumpfung entgegen, es werde der Befehl gegeben, bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Freisinnigen für letztere zu stimmen; der Beschluß des Pariser Kongresses betreffs der 1. Maifeier wurde bei Seite geschoben, im „Wähler“ sei das Verlangen der Berliner, an der Feier des 1. Mai festzuhalten, verhöhnt worden u. s. w. Auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat man eine andere Taktik eingeschlagen. Der Standpunkt Bollmars werde von Bebel, Liebknecht, Auer und anderen Abgeordneten geliebt. Der Redner zitiert die verschiedenen Aeußerungen der genannten Abgeordneten im Reichstage. Er verspricht sich auch keinerlei Erfolge von einem Kriege, im Gegentheil, nach einem Kriege werde die Knechtung nur noch größer werden. Er sehe ebenfalls in einem Kriege ein großes Unglück für die Arbeiter. Deshalb haben wir auch keine Veranlassung, bei einem Kriege unsere Haut zu Markte zu tragen. Mit der Volkstribüne bin ich keineswegs einverstanden. Sie werden es nicht leugnen können, daß die Begeisterung bei den Arbeitern stark im Schwinden begriffen ist. (Unruhe.) Die Genossen im Lande verurtheilen das viele Parlamentiren und können sich nicht zu dem Glauben verpflichten, daß auf dem Wege des Parlamentarismus die soziale Frage gelöst werden kann. Die Revolution wird im Reichstage abgelehnt und so wird die Sozialdemokratie immer mehr Reformpartei. Ich bin keineswegs gegen den Parlamentarismus, ich will bloß nicht, daß die früher beobachtete Taktik betreffs des Parlamentarismus innegehalten und daß die Massen nicht zu dem Glauben verleitet werden, auf dem Wege des Parlamentarismus sei die soziale Frage zu lösen. Ich weiß nun, daß Sie ja jedenfalls meine Ausschließung beschließen werden, ich ziehe es aber vor, schon jetzt meinen Austritt aus der Partei zu erklären.

Redner wendet sich nun den 14 Punkten des Flugblatts zu. „Der revolutionäre Geist wird seitens einiger Führer systematisch erdödet.“ Beweis: Die Bollmarsche Rede, Aeußerungen Bebel's und Liebknecht's im Reichstage zum Militärsetz und das Verhalten des Abg. Heine.

„Die geübte Diktatur ersticht jedes demokratische Fühlen und Denken.“ Beweis: Die terroristische Erklärung der Fraktion im Jahre 1884 im „Sozialdemokrat“, daß das Parteiorgan nicht gegen die Fraktion Stellung nehmen dürfe; Verhalten der Fraktion bei der 1. Maifeier; ihre Stellung zur Frage der Stichwahl trotz des St. Galler Kongreßbeschlusses.

„Die ganze Bewegung ist verflacht und zur reinen Reformpartei Kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.“ Beweis eine Rede Bock's im Reichstage bei der Vorlage auf Prüfung der Gewehrkläufe, in welcher er für Schutz der Kleingewerbetreibenden plädierte. Eine Rede Heines bei der Zunderfeuer. Stadttagens Rede in der letzten Session, in welcher er Staatsubvention für die Fischer Helgolands verlangte. Der 10., 9. und 8. ständige Arbeitstag im Arbeiterauswahlgewerkschaften — eine Rücksichtnahme auf die andern Parteien. Man rechnet mit der Majorität.

Redner verlangt nicht, wie behauptet ist, mehr Thätigkeit der Fraktion, sondern entweder absolute Negation jeder parlamentarischen Thätigkeit, oder eine streng prinzipielle Haltung im Reichstage. Betrefflich ist es, in dem bisherigen Tempo zu beharren. Es muß beschleunigt werden, damit einmal die erbarmungswürdige Lage des Volkes von Grund aus gebessert werde. Dazu ist es unnötig, ja vielleicht unmöglich, eine Majorität des Volkes zu gewinnen, es ist vielmehr, wie die Geschichte lehrt, auch einer zielbewußten Minorität möglich, den Sieg zu erringen. Ich habe stets das Beste gewollt. Einer Ausschließung, die sie wohl mit mir vorhaben, werde ich den Austritt aus der Partei vorziehen.

Abg. Singer: Da ich nur 10 Minuten Zeit habe, so will ich auf die Rede Wildberger's jetzt nicht eingehen, sondern mich bloß mit Bollmar befassen. Das Gebiet der hohen Politik will ich dabei auch nicht berühren. Ich kann mich nur mit den

Ausführungen Bollmar's, betreffs seines empfohlenen Vorgehens durchaus nicht einverstanden erklären. Wenn die Partei in der Weise vorgehen würde, wie Bollmar empfiehlt, dann verleugnet sie ihren revolutionären Charakter und dann ist die Partei nicht mehr das, was sie sein soll. (Mise: Sehr richtig!) Ich leugne nicht, daß wir auf dem Wege des Parlamentarismus keine Erfolge für die Arbeiter erringen können. Wir können uns derartig kleine Abschlagzahlungen auf unserm Vormarsch wohl gefallen lassen, das darf uns aber in unserm Vormarsch nicht einen Augenblick aufhalten. Wir dürfen niemals auch nur einen Augenblick unsere Endziele aus dem Auge lassen. Alle unsere Thätigkeit muß in erster Reihe darauf gerichtet sein, die Köpfe zu revolutionären. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir einmal in so großer Zahl in den Reichstag einzutreten sollten, daß wir in demselben die Majorität hätten, die herrschenden Klassen das allgemeine Wahlrecht einfach aufheben würden. Deshalb muß unsere ganze Thätigkeit eine propagandistische, ich wiederhole es, eine auf die Revolutionierung der Massen gerichtete sein. (Beifall.)

Liebknecht: Wildberger flammert sich an meine Broschüre von 1869. Unter gleichen Verhältnissen würde ich dieselbe Rede noch heute halten, dieselbe Broschüre noch heute schreiben. Die Lage hat sich aber seit 69 vollständig verändert. Damals stand ich auf dem Norddeutschen Punkt gegen die Neuerschaffung auf Gewaltboden, den Norddeutschen Bund. Sein provisorischer Charakter lag auf der Hand. Das Deutsche Reich, das an seine Stelle getreten, zeigt Festigkeit und zwingt uns, innerhalb des Rahmens der gegebenen Verhältnisse zu bleiben. Der strenge Proteststand ist nur in provisorischen Zeiten möglich, sonst ermbadet er.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sich ruhig in die Ecke stellen und auf ihre Thätigkeit verzichten. Der Kampfplatz muß genommen werden, wie er geboten wird. Kopflose Thorheit wäre es, die gegebenen Waffen zu verachten. So wenig ich jemals meinen Standpunkt verändert habe in prinzipieller Beziehung, so wenig nehme ich Anstand in jedem Augenblick meine Taktik nach den Verhältnissen zu ändern. Einen schlimmen Dienst hätte ich meiner Partei erwiesen, wenn ich an der im Jahre 69 freilich richtigen Taktik festgehalten hätte. (Beifall.)

Was den Parlamentarismus betrifft, so sind wir Alle der Ansicht, daß der Schwerpunkt unserer Thätigkeit nicht in den Reichstag, sondern außerhalb des Reichstags zu verlegen ist. Liegt in unseren bisherigen geringen Erfolgen eine Beurtheilung des Parlamentarismus, wie wir ihn auffassen? Die Schuld liegt nicht an ihm, sondern daran, daß wir im Lande noch nicht die Macht haben. Hätten wir sie, so würden wir die Klünste der Gesetzgebung erfassen und ebenso günstige Resultate für uns mit ihr erzielen, wie die herrschende Klasse für sich. Freilich können auf dem Wege der Gesetzgebung nicht alle Fragen gelöst werden, aber man zeige mir doch einen anderen!

Nun zu Bollmar. Er sagt, Bebel und Liebknecht haben dasselbe gesagt. Der große Unterschied ist nur, daß es sich bei uns um ein paar gelegentliche Aeußerungen handelt, bei ihm aber um eine neue Methode, um eine neue Taktik. Solch gelegentliche Aeußerungen im Reichstage haben eine sehr einfache Erklärung: Ideal und Wirklichkeit stoßen sich eben im politischen Leben. Da ist die Möglichkeit leicht vorhanden, daß man einmal ein wenig zu weit nach rechts, ein andermal ein wenig zu weit nach links geräth. Aus ein paar scheinbar zu weit nach rechts gehenden Aeußerungen von uns im Plenum will Bollmar eine neue Taktik machen.

Er spricht vom neuen Kurse. Wo ist er? Das Sozialistengesetz ist fallen gelassen, weil die Regierung erkannt hat, daß es das und Berachtung gegen die heutigen Zustände erregt.

Mit Scheingüte sucht man uns auf einen Boden zu locken, wo wir ausgetreten müssen! (Zustimmung.)

Nur die Form, in der die Regierung uns bekämpft, hat sich geändert. Gerade bei der Sozialreform stellt sich heraus, daß das „soziale Königthum“ Scham ist; unfähig den Klassenhaß zu überwinden. Wir hüpfen nicht auf die Veimruth, zu denken: Ach, die Regierung meint es so gut mit uns. Reinen wir es auch mit der Regierung gut! (Beifall.)

Theilte die Partei den Irrthum Bollmar's in der Frage der Taktik, so würden wir in den Opportunismus gerathen und eine Partei des Regierungs-Sozialismus werden. Dann hätten die ehrlichen und unehrlichen Heißspornen mit allen ihren Anträgen recht, dann wäre die Partei verflacht.

Nachmittag.

Oertel beantragt in Absatz 6 der Bebel'schen Resolution nach den Worten „immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben“, einzuschalten:

„Der Parteitag erklärt hierbei ausdrücklich, daß er den Standpunkt, den Bollmar in seinen zwei Münchener Reden am 1. Juni und 6. Juli d. J. in Bezug auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie und die einzuschlagende neue Taktik angenommen hat, nicht theilt.“

Werner: Ich muß bekennen, daß ich seit den letzten Wahlen meine Ansicht über den Parlamentarismus etwas geändert habe. (Hört, hört!) Liebknecht sagte heute: er habe seinen früheren Standpunkt betreffs Taktik geändert, weil die Verhältnisse andere geworden seien. Nun, am 21. April 1891 sagte Liebknecht im Reichstage zu den Vertretern der herrschenden Klassen: „Seit 1878 haben Sie nichts weiter gethan, als die Diktatur des Kapitalismus geübt.“ Und Bebel rief den Bundesratsmitgliedern zu: „Sie sind bloß die Kommiss des Kapitals.“ Wenn man aber eine solche Ansicht hat, wie kann man es rechtfertigen, daß man der Krone noch Vertrauen entgegenbringt? Ich behaupte, daß die Partei eine Opportunistenpartei geworden ist. (Widerpruch.) Die Haltung, die die Fraktion zu der Sonntagsruhe, zum Achtstundentag und zur Feier des 1. Mai angenommen, ist Opportunistenpolitik. Ebenso ist es Opportunistenpolitik, wenn man die Erleichterung von Arbeiterkammern fordert, ohne zu verlangen, daß die Kammern ausschließlich aus Arbeitnehmern bestehen. Wenn man schon einmal eine derartige Opportunistenpolitik treiben will, dann halte ich den Standpunkt des Abg. v. Bollmar für den consequenteren. Es ist bekannt, daß der Abg. Bebel immer mehr chauvinistisch wird. (Gelächter.) Sie sind vielleicht anderer Meinung. Ich halte es für chauvinistisch, wenn man sich bereit erklärt, für die Reorganisation der Armee die Weider zu bewilligen. Die Konsequenz erfordert es, daß Bebel auch die Mittel für die Festungs- und Kasernenbauten bewilligt. Herrn v. Bollmar habe ich zu bemerken, daß, wenn die Berliner „Jungen“ Einfluß auf die Haltung der „Berliner Volkstribüne“ hätten, der von ihm angeführte Artikel bezüglich des Krieges nicht aufgenommen worden wäre. Bebel sagte gestern: wenn wir Gewalt anwendeten, dann würde man uns wie Spaziergänger niederschleifen. Ist es denn nicht möglich, daß sich die Sache auf anderem Wege vollziehen wird? Vielleicht werden die gewerkschaftlichen Verbände einmal der bürgerlichen Gesellschaft Halt gebieten. Wenn diese Möglichkeit aber vorliegt, dann muß doch dahin gestrebt werden, daß der Partei nur solche Genossen angehören, die die Prinzipien voll und ganz begriffen haben.

Milow: Johannisthal bei Berlin: Ich gehöre nicht zur Opposition, aber ich muß bekennen, als ich gestern die verschiedenen Abgeordneten sprechen hörte, da fragte ich mich: Geht es denn auf dem Parteitag immer so zu? Mir kam es vor, als ständen wir nicht vor einem sozialdemokratischen Parteitag, sondern vor einem Inquisitionsgericht. (Stürmisches Gähnen.) Die Opposition in Berlin hat erst dann einen so gereizten Charakter angenommen, als dieselbe in der bekannten Berliner Versammlung bei Lips niedergeschrieben wurde. Tadeln muß ich es auch, daß

Bebel die Wahl Werner's hinterreiben wollte. Zur Sache selbst habe ich zu bemerken, daß ich auch gegen das viele Parlamentiren bin. Ich bestreite, daß die Reichstagsreden bis in den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storow fallen. (Gelächter.) Die Abgeordneten sollten lieber ihre Reden vor den Arbeitern auf dem Lande halten, dann werden sie erprießlicher für die Parteilinteressen wirken. Daß Sie Werner ausschließen wollen, kann ich absolut nicht billigen.

Sonntag.

Es werden Anträge von untergeordneter Bedeutung verhandelt.

Montag, Vormittag.

Die Preßkommission der „Volkstribüne“ erklärt, daß sie auf Grillenberger's Mittheilung hin, das Flugblatt sei mit der „Volks-Tribüne“ verhandelt worden, eine Untersuchung veranstaltet habe. Der Expedient behaupte nun, aus eigener Initiative kein Flugblatt verfaßt zu haben. Nur auf ausdrücklichen Wunsch und Bestellung von Genossen habe er einige Flugblätter verfaßt. — Zum Beweis, daß solche Bestellungen eingelaufen sind, drei Postkarten eingefügt.

Richard Fischer Berlin: Viel wichtiger als die Diskussion mit der Berliner Opposition ist die Auseinandersetzung mit Bollmar. Theilt die Partei Bollmar's Anschauungen, dann muß aus unserem Programm das Wort: sozialdemokratische Arbeiterpartei gestrichen und durch: deutsche Arbeiterpartei ersetzt werden. (Beifall.) Dann muß der Standpunkt, den die Kongresse in St. Gallen und Halle zur Sozialreform bezw. den sog. „praktischen Forderungen“ angenommen, aufgegeben werden.

Bollmar will die Reform um ihrer selbst willen. Wir wollen sie, um die Arbeiterklasse zum Entscheidungskampf zu stärken. Für uns ist sie Mittel zum Zweck, für Bollmar Selbstzweck und Hauptzweck. Seine Anschauungen können schließlich auch von Benignen getheilt werden. Redner erinnert an die Bennigsen'sche Rede bei Erlaß des Sozialistengesetzes, in welcher er auch für eine entfernte Zukunft die Möglichkeit sozialistischer Gesellschaftsordnung zugab. Bollmar will das Schwergewicht der Parteithätigkeit nicht in die Agitation, sondern ins Parlament, ins Parlamentiren verlegen. (Zustimmung.) Das würde an Stelle der Herrschaft der Partei die Mandats-herrschaft, die Abgeordnetendiktatur setzen. (Beifall.) Deshalb muß der Parteitag klar und entschieden Stellung nehmen. Das Amendement Dertel ist frei von jeder persönlichen Spitze. Aber was nützen uns alle schönen Programme, wenn nicht klar konstatirt wird, in welchem Geiste die Programme den Massen gegenüber vertreten werden sollen. (Beifall.) Wir kennen als Partei keine Politik der freien Hand. Diskussionen innerhalb der Partei — nach außen hin aber ist jeder verpflichtet, für die Haltung einzutreten, welche der Kongreß feststellt. Die Frage, ob Bollmar sich fügt, oder nicht, berührt ich garnicht, sie ist selbstverständlich. Wohin können wir denn, wenn Abgeordnete das Recht hätten, an die Entscheidung der Wähler gegen den Beschluß des Parteitages zu appelliren? (Beifall.) Hat die Partei gesprochen, so hat sich der Abgeordnete, wer es immer sei, zu fügen. Sonst wäre der Weg geöfnet, in unsere Partei den Boulangerismus und Barnullismus einzuführen! (Beifall.)

Liebknecht: Mühte ich zwischen den Stürmern und Bremjern wählen, so bin ich bei den ersteren. (Beifall.) Die Stürmer können uns nie so viel schaden, wie die Bremser. Aber Bollmar will nicht bremsen, er will die Parteilokomotive auf einen neuen Strang bringen. Die Situation hat sich verändert. Bollmar hat erklärt, daß er seinen Standpunkt nicht aufgibt, daß er zwar für die Bebel'sche Revolution, aber aus anderen Motiven stimmen würde. Dadurch ist das Amendement Dertel eine Nothwendigkeit geworden. Bollmar standen zwei Wege offen: Entweder erklärte: Was ich will, ist eine neue Taktik, was ich sage, war ein Pronunziamento. (Beifall.) Oder er erklärte: meine Aeußerungen sind mißverstanden worden: ich will keine neue Taktik. Er hat das letztere nicht gethan und deshalb liegt es im Lebensinteresse der Partei, ist es ihre höchste Pflicht, wenn sie nicht dem Ruin entgegen gehen will, auf das Entschiedenste den Versuch zurückzuweisen, sie in eine opportunistische, soziale Reformpartei, in eine sozialistische nationalliberale Partei umzuwandeln. (Beifall.)

Das muß sachlich scharf, ohne persönliche Spitze ausgesprochen werden. Wollen wir die Alten bleiben, wollen wir bleiben, was wir sind, so sind wir hierzu verpflichtet. Bollmar hat zwar gesagt: Ja, ich habe ja gar keine neue Taktik empfohlen, habe ja nur ausgesprochen, was der Bebel, was der Liebknecht, der Auer auch gesagt haben. Aber die Stützen, auf die er sich stützen wollte, verlassen ihn. Aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen beweisen nichts, und wir erklären ausdrücklich, wir wollen keine neue Taktik für die Partei.

Auerbach: Man erzählt viel von revolutionärer Taktik, aber man übt sie nicht aus. Das ist ein kolossaler Unterschied. Man hat uns die scharfen Ausdrücke abel genommen, z. B. daß die gegenwärtige Taktik die Partei ruiniere. Nun hat Fischer — Herr Fischer vom Parteivorstand — denselben Ausdruck Bollmar gegenüber gebraucht. Man giebt die Gefahr zu, die von Bollmar's Taktik droht, und man goß doch Räbel aus über uns, die wir diese Gefahr signalisirten. Im Augenblick der Gefahr tippt man nicht an die Glocke, sondern läutet die Sturmglocke. Wir haben die Sturmglocke geläutet. (Heiterkeit.) Liebknecht deutet an, daß er zur Berliner Opposition übergehen könne. In ein bis zwei Jahren wird es vielleicht wirklich so weit sein. (Heiterkeit.)

Nachmittag.

Bollmar: Werthe Genossen! Ich bin bei meiner vorgestrigen Rede davon ausgegangen, mich nicht in ein Wiederaufwärmen aller Einzelheiten des unerquicklichen Streites der letzten Monate einzulassen. Es war mir um die Sache zu thun, und ich habe alle Anspielungen persönlicher Art bei Seite gelassen. Leider geschah dies von Anderen nicht. Ich appellirte nicht an das Gefühl, sondern an die Intelligenz der Genossen. Ich versuchte die Debatte an höhere Gesichtspunkte zu fesseln. Leider haben einzelne Redner die ganze Angelegenheit zu einem Wortstreit zu machen gesucht. Sehen und hören ist eine schwere Kunst, zumal wenn einmal das Stück Staatsanwalt, das in jedem Einzelnen steckt, was geworden ist. Ramen will ich nicht nennen. Aber ein erstaunlicher Scharfsinn ist angewendet worden, um mir schwerwiegende Absichten gegen die Interessen und die Taktik der Partei unterzuschleichen.

Zunächst einige Einzelheiten! Einige Redner haben so gethan, als wenn ich in meinen Reden den prinzipiellen Standpunkt völlig außer Acht gelassen hätte.

Das hat man fertig gebracht, indem man meine Broschüre mit dem Rothstift durchging und die einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Stücke als Beweismaterial gegen mich verwendete.

Wenn in dieser Weise eine lange Broschüre zerplückt wird, so bin ich gezwungen, so leid mir das Befen thut, Ihnen die Rehrseite der Rebaüle zu zeigen.

Redner zitiert Stellen aus seiner Münchener Rede, von denen er annimmt, daß sie das Gegentheil von dem beweisen, was seine Gegner damit beweisen zu haben glauben. Wo steht ein Wort davon, daß ich den Arbeiterschut für die Hauptsache halte? Wo ein Wort davon, daß die Prinzipien verleugnet und unsere Waffen aus der Hand gelegt werden sollen? Stets habe ich betont, daß es sich nur um ein Daneben handelt.

Wenn in dieser Weise eine lange Broschüre zerplückt wird, so bin ich gezwungen, so leid mir das Befen thut, Ihnen die Rehrseite der Rebaüle zu zeigen.

Redner zitiert Stellen aus seiner Münchener Rede, von denen er annimmt, daß sie das Gegentheil von dem beweisen, was seine Gegner damit beweisen zu haben glauben. Wo steht ein Wort davon, daß ich den Arbeiterschut für die Hauptsache halte? Wo ein Wort davon, daß die Prinzipien verleugnet und unsere Waffen aus der Hand gelegt werden sollen? Stets habe ich betont, daß es sich nur um ein Daneben handelt.

Ich will das Programm genau so in die Massen gebracht haben, wie Sie. Aber neben dem bleibenden großen Programm wünsche ich ein Arbeitsprogramm. Das Wort Aktionsprogramm hat besonders zu Mißverständnissen geführt, zu der Annahme, als handele es sich um ein zweites Programm. Es handelt sich einfach nur um Forderungen, deren Durchsetzung augenblicklich sehr notwendig und auch möglich ist.

Liebknacht fährt wiederum das Wort an: Meine Gedanken führen zur Verjüngung oder sogar in der Regierungsozialismus, ein Wort, das geeignet oder bestimmt ist, mich hier in den schlimmsten Verdacht zu bringen.

Bisher habe ich immer gedacht, die Sozialdemokratie sei kein Hirngespinnst, sondern das Produkt der materiellen Verhältnisse. Die ganze Theorie ist darauf hinaus, den Nachweis zu liefern, daß die Erreichung des Endziels durchaus nicht gehindert wird durch die Erreichung von Reformen. Der Normalarbeitstag wirkt viel revolutionärer als die schönste Rede. Ich wünschte, wir hätten recht bald die Verjüngung des Normalarbeitstages.

Man hat schließlich gesagt, es seien weniger Einzelheiten in meiner Rede, als der Ton, der bedenklich sei. Der Ton, das heißt das Unfassbare, das nicht zu Beweisende. Damit kommen Sie zu dem schönsten Tendenzprozeß gegen mich.

Von Entfaltung habe ich nie gesprochen. Fast scheint es, man mache es mir zum Vorwurf, ich rathe zur Besonnenheit. Doch nie ist eine Partei, ja noch nie ein Mann durch zu viel Besonnenheit zu Grunde gegangen. Die Mahnung war notwendig gerade der Entwicklung der Verhältnisse und den Berliner Drängern und Stürmern gegenüber.

Auch das Wort „Selbstbeschränkung“ ist mir zum Vorwurf gemacht worden.

Selbstkritik und Selbstbeschränkung geben erst die Freiheit. Sie schaden dem Politiker nichts. Im Allgemeinen richten sich meine Worte gegen das allzu leichte Abschreiben aller möglichen Dinge, wie es sich in unserer Parteipresse zuweilen findet. Das Wort Selbstbeschränkung ist im moralischen, nicht im materiellen Sinne von mir ganz allgemein angewendet worden. Für alle diese merkwürdigen Aus- und Unterlegungen finde ich nur eine Erklärung: Die Wehrzahl der Redner hier war nicht im Stande, meine Rede von der Lavinie, zu der sie durch die Presse, hauptsächlich durch die Gegner, angewachsen ist, zu trennen.

Man hat ja herausgefunden, daß ich eine nagelneue Taktik empfohlen habe.

Ich erkläre, daß mir das nicht eingefallen ist. Nun wird gesagt: Wenn ich nichts neues empfohlen habe, dann wäre es auch nicht möglich gewesen, meine Rede mit soviel Wärm in die Welt zu schleudern. Nun, daß meine Rede soviel Aufhebens gemacht, war keineswegs meine Schuld. Hätte ich ein Pronunziamentum beabsichtigt, dann wäre es mir ein leichtes gewesen, dies herbeizuführen. Was mich wundert, ist, daß obwohl ich keinen Sturm beabsichtigte, sondern nur in ruhiger und sachlichster Weise meine Ansichten zur Debatte gestellt habe, mir Regierungsozialismus, nationalliberaler Reformsozialismus vorgeworfen wird, der die Absicht hat, die Partei zu ruinieren, zur Verjüngung zu bringen u. s. w. Ja, wenn man einen Mann, der innerhalb der Partei nicht ganz unbekannt ist, wegen einer kleinen abweichenden Meinung gleich des schwersten Verbrechens in der Partei zeihet, dann muß ich doch fragen: wo bleibt da die so oft betonte freie Meinungsfreiheit? (Rufe: Sehr richtig!) Was der Partei noch thut, ist: die einzelnen Genossen zu selbstständigem Denken zu erziehen. Ich halte es im Interesse der Partei für dringend notwendig, selbstständige Denker, selbstständige Charaktere zu erziehen. Es ist nicht zu leugnen, die Partei hat seit den letzten zehn Jahren große Fortschritte gemacht, allein mit der freien Meinungsäußerung sieht es noch etwas sehr traurig aus. Ich muß sagen: nichts hat auf mich einen deprimierenderen Eindruck gemacht, als im vergangenen Jahre kurz vor dem halleischen Parteitag das Verhalten der Berliner „Jungen“.

Dr. Bruno Wille spricht vor einer Versammlung von 5000 Personen und es wird ihm zugejubelt, acht Tage später spricht Bebel vor einer von 6000 Personen besuchten Berliner Versammlung und es wird ihm ebenfalls zugejubelt. Ähnlich ist es in Magdeburg gewesen. Und nun komme ich zur Resolution. Es ist selbstverständlich, daß ich der Bebel'schen Resolution zustimme, denn ich sehe vollständig auf dem sozialdemokratischen Programm. Daß die Delegierten des Parteitages derselben Ansicht sind, geht doch auch daraus hervor, daß Sie mich in die Kommission für die Vorberatung des Programmentwurfes gewählt haben. Was ich will, ist, daß die nächstliegenden Forderungen in schärfer Weise betont werden und daß Alles aufgeboten wird, um diese Forderungen zur Verwirklichung zu führen. Dies Verfahren ist doch aber auch mit der Einbeziehung des Arbeiterschutzes Genossenschaft von der Gesamtpartei beobachtet worden. Es sind wohl bereits verschiedene Meinungsverschiedenheiten in der Partei hervorgetreten, aber noch niemals hat man davon ein solches Aufsehen gemacht, wie von meinen Reden. Es ist gesagt worden: Ich wolle mich an die Aussprüche anderer Parteigenossen anklammern. Ich muß dazu erklären, daß ich mich an niemanden, und stände er geistig noch so hoch, anklammere. Ich trete selbst für mich ein. Es ist gesagt worden, wenn der Dettel'sche Antrag nicht zur Annahme gelange, dann würde das eine Zustimmung für mich bedeuten. Ich kann die Richtigkeit dieser Ansicht durchaus nicht einsehen. Ich bin der Meinung: die ganze Streitfrage ist aus der Welt geschafft, sobald wir die Resolution Bebel's annehmen. Der Antrag Dettel ist eine persönliche Spitze gegen mich und ich muß erklären: Sollte der Dettel'sche Antrag angenommen werden, dann habe ich den Boden in der Partei verloren und zum letzten Male auf einem sozialdemokratischen Parteitag gesprochen. Ich habe meinen tatsächlichen Standpunkt nunmehr klar gelegt, sollte aber weiter die Spitze gegen mich gewendet werden, dann erkläre ich, daß ich die Möglichkeit an der weiteren Mitarbeit verloren habe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bebel: Das, was Werner und Wildberger der Fraktion zum Vorwurf gemacht, haben dieselben, als sie bei den Wahlen 1890 kandidierten, selbst mehrfach als notwendig betont. Das ganze Unglück sei bloß gewesen, daß Werner und Wildberger bei den Wahlen durchgefallen seien. Das sei aber doch nicht Schuld der Partei. Vollmar hat allerdings mehrfach betont, daß das Ziel nicht aus den Augen verloren werden dürfe, allein er stellt das Ziel als ein nebelhaftes, als ein in grauer Ferne liegendes hin und verlangt deshalb: alle unsere Mittel, alle unsere Kräfte auf Verwirklichung der nächstliegenden Ziele zu verwenden. Seltener hat jemand seinen Standpunkt so vollständig geändert, wie Vollmar. Früher war Vollmar radikal, jetzt ist er Patriot und Optimist. Wenn jemand die Fühlung mit der Masse verliert, so ist solche Sinnesänderung sehr möglich, und wenn jemand in angenehmen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, so ist er wohl dem Gedanken zugänglich: „Langsam, es eilt nicht.“ Der Satz hat eben Zeit. Wenn wir aber der von Vollmar empfohlenen Taktik folgen wollten, dann sind wir eine Opportunistenpartei im vollsten Sinne des Wortes, dann werden wir auf eine revolutionäre Partei zu sein, dann verlassen wir den Boden des Klassenkampfes. Allerdings, hätte Vollmar von vornherein so gesprochen wie heute, dann wäre der Antrag Dettel nicht nötig gewesen. Allein die Reden Vollmars von 1. und 8. Juni, die ich im Uebriigen nicht bloß gelesen, sondern studiert habe, und die Rede Vollmars vom vergangenen Sonntag sind unerscheidbar sich wesentlich von der heute Abend von ihm gehaltenen. Vollmar nennt mich einen Optimisten, weil ich sage: unsere Endziele liegen vielleicht nicht mehr fern. Vollmar

ist dagegen: der größte Besimmit, da er die Endziele in nebelhafter Ferne liegen sieht. Wir können Vollmar nicht beipflichten, wenn er sagt: immer ruhig und langsam, das Ziel liegt noch fern, wir haben Zeit. Nein, wir wollen schnell, so schnell als möglich vorwärts gehen, damit wir so schnell als möglich zum Ziele kommen. Wir betrachten die nächstliegenden Forderungen als Nebensache, die Endziele als Hauptfrage, nicht umgekehrt, wie Vollmar es betont hat. Wir erstreben die nächstliegenden Forderungen nur, um so schnell als möglich zum Ziele zu gelangen. Ich kann nicht umhin, auszusprechen: durch die Taktik Vollmars würden wir nicht bloß einer Verjüngung anheimfallen, nein noch mehr, die Partei würde korrumpirt, ruiniert werden, sie würde geradezu ins nationalliberale Fahrwasser geraten. Und was würde geschehen, wenn wir der von Vollmar empfohlenen Taktik Folge leisteten? Wenn die Delegierten nach Hause kämen, dann würde unter den Mandatgebern eine offene Rebellion entstehen und ich wäre der Erste, der sich an die Spitze dieser Rebellion stellen würde, darauf könnt Ihr Euch verlassen. Und deshalb muß ich Euch bitten, den Antrag Dettel in namentlicher Abstimmung anzunehmen. Daß hierin eine persönliche Spitze gegen Vollmar liegt, kann ich durchaus nicht zugeben. Allein wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Taktik, die wir seit 25 Jahren verfolgt und der wir im Wesentlichen unsere Erfolge verdanken, keine andere geworden ist oder werden soll. Wir sind schon deshalb genötigt, zu der von Vollmar empfohlenen Taktik Stellung zu nehmen, da bekanntlich heute Auerbach im Namen der Opposition erklärte: wir verfolgen in Wirklichkeit die von Vollmar empfohlene Taktik. Wir sind auch im Weiteren zu der Annahme des Dettel'schen Antrages genötigt, damit die Angriffe der Opposition endlich einmal aufhören, damit nicht etwa, wie Auerbach prophezeit hat, auf dem nächsten Parteitag Schulze, Müller oder Cohn Opposition macht. (Weiterkeit.) Vollmar sagt: es ist ein Phantomb, wenn behauptet wird, die Verwirklichung unserer Endziele liege nicht mehr so fern. Nun, die bürgerlichen Klassen sind selbst der Meinung, daß wir immer mehr einer Katastrophe entgegensteuern. Und wenn wir uns die bürgerlichen Revolutionen ins Gedächtnis zurufen, dann braucht man kein Schäfer Thomas zu sein, wenn man die Ansicht ausspricht: Die Verwirklichung unserer Ziele liegt vielleicht nicht mehr fern. Der Redner wendet sich alsdann zur auswärtigen Politik und bemerkt, daß er sich niemals für den Krieg erklärt, daß er im Gegenteil stets ein Friedensbündnis mit Frankreich als notwendig betont und gesagt habe: die Arbeiter sind ebenso gut Deutsche wie die Mitglieder der herrschenden Klassen und würden, im Falle eines Angriffskrieges seitens Rußlands, nicht die letzten sein, die in diesem Kriege ihre Pflicht thun würden, da ein Sieg Rußlands über Deutschland die Vernichtung aller Kultur und ein Zurückwerfen der sozialistischen Bewegung auf lange Zeit hinaus herbeiführen würde. Ich bin am Ende meiner Rede, so schloß Bebel, und ersuche, bei der Abstimmung über den Antrag Dettel, entweder mit einem ehrlichen Ja oder mit einem ehrlichen Nein zu antworten. Ich verlange das umsomehr, da Sie am vergangenen Sonntag den Ausführungen Vollmars einen größeren Beifall gesollt haben, als ich erwartet hatte. Ich bedauere die ausgesprochene Drohung des Genossen Vollmar, ich erkläre aber wiederholt, irgend eine persönliche Spitze gegen ihn liegt in dem Dettel'schen Antrag nicht. (Lebhafter Beifall.)

Bon Ehrhardt (Ludwigshafen) wurde folgender Antrag gestellt: Nachdem sich Genosse Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Bebel und anderen Rednern entwickelten Ansichten bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Dettel für erledigt und geht über denselben zur Tagesordnung über. — Oertel (Rheinberg): Wenn Genosse Vollmar die Erklärung abgibt, daß er mit der Resolution Ehrhardt's einverstanden ist, ziehe ich meinen Antrag zurück. — Abg. v. Vollmar: Soweit auf dem vorliegenden Gebiete sachlich vorgegangen wird, erkläre ich mein volles Einverständnis. — Oertel: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück. — Trotzdem wird die Abstimmung über den Antrag Ehrhardt für notwendig erachtet, und dieser sowohl, als auch die von Bebel am Freitag Abend beantragte, bereits mitgetheilte Resolution einstimmig angenommen.

Dem Bureau ist eine schriftliche Erklärung zugegangen: „Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären: angesichts der allen demokratischen Grundfragen widersprechenden, geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichteten. Auerbach, Bärge, Schulze, Werner, Wildberger.“

„Dienstag.“

Es wird zunächst ein eingegangener Brief von der Redaktion der „Berliner Volkskriebüne“ verlesen, in dem sich dieselbe gegen den Vorwurf Vollmars verwahrt, daß sie den Krieg herbeiführe.

Von dem Abg. Schulze-Königsberg und Genossen ist folgender Antrag eingegangen: Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betriebende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, das neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten bringt, unter Berücksichtigung statistischer Materials.“ Die „Berl. Volkskriebüne“ bezieht die Genossen nicht mehr. Der Antrag veranlaßt eine sehr lange, lebhafteste Debatte, wobei der Abg. Singer bemerkt, daß es sich vielleicht empfehlen dürfte, ähnlich dem in der vorsozialistischen Zeit erschienenen „Sozialdemokrat“ unter gleichem Namen ein solches wöchentlich einmal erscheinendes Blatt herauszugeben. — Der Antrag wird jedoch schließlich abgelehnt. Außerdem werden noch andere nebensächliche Anträge verhandelt.

„Mittwoch.“ Vormittag.

Die Reuextonkommission erklärt: Die Erklärung der Opposition gab der Kommission Veranlassung, zunächst über die Frage zu entscheiden, ob trotz derselben in eine Untersuchung der von einem Theil der Unterzeichner erhobenen Verdächtigungen, Beschuldigungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Parteifaktik, wie solche in mehreren Reden und in dem bekannten Flugblatte der Berliner Opposition ihren Ausdruck fanden, einzutreten sei. — Diese Frage wurde einstimmig bejaht.

Unter Jagrundbelegung der Beschuldigungen beantwortet die Kommission die nachstehenden Fragen wie folgt: Frage 1. Sind Beweise für die Anschuldigungen erbracht, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Verjüngung gebracht habe? Einstimmig: Nein!

Frage 2. Sind Beweise dafür erbracht, daß der Parteivorstand Parteigelder nach Genuß an Schmaroger und Schweißwedler gegeben habe? Einstimmig: Nein!

Frage 3. Sind Beweise dafür erbracht, daß die Parteileitung die wichtigsten Partei-Interessen vernachlässigt hat? Einstimmig: Nein!

Gegenüber den speziellen Beschuldigungen in dem angezogenen Flugblatte der Opposition stellt die Kommission nach gründlicher Untersuchung fest:

1. Es ist nicht wahr, daß der revolutionäre Geist seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.
2. Es ist nicht wahr, daß in der Partei eine Diktatur gelbt wird.
3. Es ist nicht wahr, daß die ganze Bewegung verflacht und die Sozialdemokratie zur reinen Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist.
4. Es ist nicht wahr, daß die Revolution von der Tribüne des Reichstags feierlich abgeschworen wurde.
5. Es geschah bis heute nichts, um den Vorwurf zu rechtfertigen, daß versucht worden wäre, den Ausgleich zwischen Proletariat und Bourgeois herbeizuführen.

Alle weiteren Anschuldigungen in dem Flugblatte der Opposition, speziell die unter Nummer 6—13 Seite 24 der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre, „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“, erachtet die Kommission durch die Beschlüsse des Parteitages gelegentlich der Beratung über Punkt 2a und b der Tagesordnung widerlegt.

Herr Wildberger hat früher und hier auf dem Parteitag erklärt, daß er auf dem Boden des Flugblattes stehe und die darin enthaltenen Anschuldigungen aufrecht erhalte. Beweise derselben hat er jedoch in keiner Richtung hin zu bringen vermocht, trotz erfolgter Aufforderung aber sich geweigert, die verläumderten Eigen und Anschuldigungen zu widerrufen. Soweit Wildberger für seine Beschuldigungen gegen die Fraktion sich auf angebliche Mittheilungen einzelner Abgeordneter berufen hat, hat die Kommission festgestellt, daß er private Mittheilungen tendenziös entstellte und zum Zwecke verleumdender Verdächtigungen der Fraktion vermischt mit von ihm erfundenen Vägen in die Öffentlichkeit brachte.

Herr Werner, über den bereits der Parteitag in Halle auf Grund der dort gegen ihn vorgebrachten Thatsachen zu dem Resultate kam, daß „der äußere Anschein notwendig zur Annahme führe, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören“ und dessen Ausschließung aus der Partei nur unterblieb, weil die damit eingesezte Kommission annahm, daß Werner weder das Taktgefühl, noch die Fähigkeit besitze, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen, hat durch neue Handlungen bewiesen, daß er der damals gegen ihn geübten Rücksichtnahme unwürdig sei. Für dieses Urtheil zeugt, von allem Andern abgesehen, die Thatsache, daß Werner trotz seiner in Halle gemachten Zusage: „sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen und die Streitfrage zu begraben“ — sein die Partei im höchsten Grade schädigendes Treiben fortsetzte. Zwar hat sich Werner formell nie zum Inhalt des Flugblattes bekannt, durch sein ganzes Auftreten aber in den verschiedenen Versammlungen, sowie auf dem Parteitag bewiesen, daß er die in dem Flugblatte erhobenen Anschuldigungen theilt, nur nicht den Muth hatte, für dieselben mit seiner Person einzutreten. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Werners Taktik dahingehet, seine Anschuldigungen stets in hypothetische Form zu kleiden, wodurch er seine verleumdenden Zwecke zu erreichen hofft, ohne dafür persönlich haftbar zu sein. Getreu dieser seiner Taktik hat Werner dem Parteitag das Schauspiel geboten, daß, obwohl er die Betretung der Sache seiner Genossenschaftsgenossen von der Opposition übernommen hatte, im entscheidenden Moment die Solidarität mit seinen Genossen verleugnete und seine Person vor den Folgen der gemeinsamen Handlungen zu salviren suchte.

Der Aufforderung, zu beweisen oder zu widerrufen, ist Werner weder nach der einen, noch anderen Richtung nachgekommen.

Aus vorstehend entwickelten Gründen schlägt deshalb die Kommission vor:

Der Parteitag wolle beschließen, Wilhelm Werner und Karl Wildberger aus der Partei auszuschließen.

Außerdem haben Redakteur R. Baginski und Hausdiener Lamprecht in einer Versammlung gleichfalls erklärt, auf dem Boden des Flugblattes zu stehen; der Parteitag möge beschließen, die beiden zum Widerruf aufzufordern, andernfalls sie nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten seien.

Diesem Urtheil tritt der Parteitag mit allen gegen die Stimmen folgender Delegirten bei: Rielenz, Ungering, Gumpel, Niederauer, Lux, Frau Jhrer, Frau Kofriack, Mittag, Jeup, Schmalfeld, Schröder.

Die 2er Kommission hat einen Programmentwurf ausgearbeitet, den wir an anderer Stelle bringen.

Liebknacht: Der Entwurf der „Neuen Zeit“ wurde zur Grundlage der Verhandlungen der 2er-Kommission gemacht, die schließlich zur vollsten Einigkeit gelangte.

Von folgenden Grundsätzen ging die Kommission im Allgemeinen aus:

Die Sprache des Programms muß klar und verständlich, seine Fassung kurz und korrekt, sein Inhalt nicht wissenschaftlich anspruchlos sein.

Ein Programm darf weder ein Manifest noch ein Kommentar sein.

Die Agitation hat den Kommentar zu liefern. Aber doch muß im Programm so viel gesagt werden, daß das, was es ausspricht, auch verständlich ist.

Fremdwörter wurden zu vermeiden gesucht, wo es ohne Schaden für wissenschaftliche Präzision anging. Worte wie Kapitalismus, Sozialismus lassen sich nicht ins Deutsche übersetzen. Arbeitsmittel ist ein weit weniger umfassender Begriff als Produktionsmittel. Auch das Wort Monopol mußte im Programm belassen werden.

In vier Sitzungen suchte die Kommission ihre Aufgabe zu lösen. Auch in ihren Verhandlungen war von einem prinzipiellen Gegensatz nichts zu finden. Der Entwurf der „Neuen Zeit“ bot die Grundlage, aber der Entwurf, den Ihnen die Kommission vorlegt, wäre wohl ziemlich dasselbe geworden, was er geworden ist, wenn der Entwurf des Vorstandes den Beratungen zu Grunde gelegt worden wäre.

Wir haben den Entwurf schließlich einstimmig angenommen. Das beweist, in welchem Grade Gleichheit des Denkens und der Auffassung in der Partei herrscht, wie vollständig unmöglich es ist, daß die Spaltungen, auf welche die Gegner hoffen, eintreten.

Einige Bemerkungen über den allgemeinen Theil schicke ich der Besprechung der einzelnen Programmpunkte voraus.

Daß der Vorfalle'sche Vorschlag gefallen ist, war selbstverständlich nach der Art und Weise, wie der Wille der Partei schon in Halle hierüber zum Ausdruck kam.

Bezo steht es mit dem edernen Vohngesetz. Wohl wurde hier und da der Versuch gemacht, das, was unter „edernem Vohngesetz“ verstanden wurde, in schärferer Formulierung in das Programm hineinzubringen.

Aber der Inhalt des „edernen Vohngesetzes“, die Lehre von der Proletarisation der Massen, der Entzweiung der Arbeiter durch die Heiliger der Arbeitsmittel, ist ja im ganzen Programm ausgedrückt, und zieht sich wie ein rother Faden durch dasselbe.

Auch das Wort von der „einen reaktionären Masse“ ist fallen gelassen. Es hat als Stichwort im Verlauf des politischen Kampfes ja gute Dienste geleistet, aber der wissenschaftlichen Betrachtung hält es nicht Stand. Etwas gibt es Interessen-gegenstände innerhalb der herrschenden Klasse; andererseits ist das

Wort „reaktionär“ lautschriftartig. Deshalb gehört der Ausdruck nicht in ein wissenschaftliches Programm.

Auch der „gleiche Arbeitsertrag“ ist aufgegeben; er ist mit dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit unvereinbar. Redner verweist auf die Marx'sche Kritik dieses Ausdrucks.

Von der kapitalistischen, nicht von der privatkapitalistischen Produktion spricht der Entwurf. Auch der Klassenkampf betrifft die Ausbeutung ebenso wie der Private.

Weiter ist der inkorrekte Ausdruck: Großkapitalismus abgelehnt worden, der von einigen Seiten vorgeschlagen war. Kapitalismus ist eben Kapitalismus. Daß er immer intensiver in der Ausbeutung wird, liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise.

Das Wort „Staat“ fehlt in allen Entwürfen. Die bürgerliche Gesellschaft benützt jede Form des Staates, die sie hat, zur Ausbeutung. Die Frage ist nun die, wie die Form, welche die Gesellschaft nach Fall des Klassenstaates sich giebt, genannt werden soll. Ob sie sich Staat nennen wird, oder nicht, halte ich für einen Wortstreit. An und für sich bedeutet das Wort „Staat“ ja nur eine geordnete Gesellschaft, ein geordnetes Gemeinwesen. Aber der Ausdruck „Staat“ mußte doch im Programm bei Seite gelassen werden, weil die Formulierung des Begriffes streitig ist und weil wir es zweitens gegenwärtig mit dem Staat der bürgerlichen Gesellschaft zu thun haben.

Redner geht nun dazu über, den Gedankengang des ersten Theiles des Programm-Entwurfs klar zu legen.

Der Gedanke, der uns leitete, ist der: festzustellen, in welchen Ursachen die gesellschaftlichen Zustände wurzeln. Feststellen wollten wir den Verlauf des wirtschaftlichen Prozesses, die Nothwendigkeit des Klassenkampfes und die Thatsache, daß, so lange die bisherige Gesellschaft besteht, auch das System der Ausbeutung und Unterdrückung bestehen bleiben muß.

Die Ursache der Trennung der Gesellschaft in zwei feindliche Theile liegt in der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die in den Besitz Einzelner übergegangen sind. Diese Scheidung vollzieht sich nicht plötzlich; sie ist historischer Vorgang. Mit der Konzentration des Kapitals und der Steigerung der Produktivkräfte wächst auch die Intensität der Ausbeutung und politischen Unterdrückung.

Diese Entwicklung mußte im Programm dargestellt werden. Es mußte dargestellt werden, wie die Mittelschichten immer mehr verschwinden. Die ganze bürgerliche Geschichte ist die Geschichte der Expropriation in Permanenz! (Beifall.)

Fromme Wünsche ändern nichts an diesem Prozeß. Alle Kritiker an der Gesellschaft, welche ihre Grundlagen beibehalten und nur die sogenannten Auswüchse beseitigen wollen, sind Utopisten. Alle diese Auswüchse sind nichts als die logischen Folgen der ganzen Gesellschaftsgrundlage.

Durch die Betonung dieses Gesichtspunktes kennzeichnet sich die Sozialdemokratie als revolutionäre Partei. Alle anderen Parteien stehen auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Deshalb kennen wir kein Vaktiren, kein Kompromitteln. Zwischen uns und den anderen Parteien ist eine breite Kluft, die nur von drüben her übersprungen werden kann und überspringen wird, denn wie viele unserer Gegner schleudert auch die ökonomische Entwicklung ins Proletariat.

Nur die Aufhebung der ganzen heutigen Produktionsweise vermag allem Eind ein Ende zu bereiten. Wer das nicht deutlich betont, geräth auf den Weg der Kompromisse, der Konzessionen an andere Parteien, geräth in den Glauben an die Heilkraft kleinbürgerlicher Sälbchen. Er verläßt den revolutionären Boden der Partei und die schönsten Phrasen heißen ihm nicht an der Frage vorbei: Gehörst Du noch zu uns oder gehörst Du nicht mehr zu uns?

Der Klassenstaat kann sein Wesen nicht aufgeben, und deshalb bleibt der Traum eines sozialen Königs- oder Kaiserthums ein Traum. Die Gesellschaft läßt sich eben nicht in frühere Formen zurückdrängen.

Die heutigen Gesellschaftszustände, an denen sie schließlich selbst zu Grunde gehen muß. Zudem die kapitalistische Produktion ihre Nachmittel ins Riesenhafte steigert, schafft sie ihre eigenen Todengräber. Wir erkennen, daß der ökonomische Entwicklungsprozeß zur sozialistischen Gesellschaft führt. Weil die sozialistische Gesellschaft eine Nothwendigkeit ist, fordern wir die Arbeiter auf, sich unter dem Banner des Sozialismus zu scharen! (Lebhafter Beifall.)

Die Bewegung vollzieht sich auf dem Boden des Klassenkampfes.

Man hat mein Wort vom Hineinwachsen der bürgerlichen Gesellschaft in die sozialistische vielfach angegriffen. Anders, als indem wir wachsen, kommen wir nicht in den Sozialismus hinein. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir nichts thun sollten, daß die Menschen ein Spielzeug des Schicksals seien. Wir müssen die Entwicklung machen.

Der Klassenkampf ist der Boden. Aber wir schaffen keine neue Klasse. Im Augenblick, wo wir siegen, ist nur noch die Menschheit, sind nur noch die Gleichberechtigten vorhanden.

Mit dem Eigentum an Produktionsmitteln hört die Ausbeutung und der Klassengegensatz auf.

Die Internationalität haben wir scharf betont und deutlicher formuliert, als es früher der Fall war. Die Internationalität ist uns nicht nur eine schöne Phrase, wir sind auch entschlossen, die Konsequenzen zu ziehen.

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, den Arbeitern das Gaukelbild eines Zukunftsstaates auszumalen und ihren Blick dadurch zu hypnotisiren, wir müssen die Arbeiter aufklären über die Natur der heutigen Gesellschaft, ihnen zeigen, was nötig ist, um das Ziel zu erreichen, und wie die bürgerliche Gesellschaft selbst die Mittel zu ihrer Vernichtung schafft.

Redner geht dann über zu den Forderungen an den heutigen Staat. Wir wollen nicht nur unser Ziel im Auge haben, sondern alle Mittel, die zu ihm führen, benutzen, wir kämpfen tagaus, tagein, um unsere Anschauungen in allen Kreisen zu verbreiten; wir legen die Hände nicht in den Schooß und warten nicht thatenlos ab. Vielmehr stellen wir Forderungen auf, mögen sie in Erfüllung gehen im heutigen Staate oder nicht. Redner verbreitet sich ausführlich über die einzelnen Punkte.

Zum Schluß bedauert er, daß der Parteitag wegen der knappen Zeit nicht in der Lage ist, ausführlich das ganze Programm zu beraten.

Der Programm-Entwurf wird hierauf einstimmig angenommen.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Sammlung sozialpolitischer Flugchriften.

Herausgegeben von **Mar Schippel**.

III. Serie.

Heft 1: Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von **Paul Kampffmeyer**.

28 Seiten. Preis 10 Pfg.

Heft 2: Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von **Mar Schippel**.

32 Seiten. Preis 15 Pfg.

I. Serie komplet (12 Hefte) | **II. Serie komplet** (14 Hefte)

Preis 1,— Mark.

Preis 1,65 Mark.

Alle Bestellungen, Geldsendungen und eingeschriebenen Briefe adressire man: **Herrn G. Link, Expedition der Berliner Arbeiterbibliothek, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 55.**

Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Bei der überall beginnenden Einrichtung der Gewerbegerichte seitens der Gemeinden empfehlen wir den Genossen:

II. Serie, Heft 4: Mar Schippel, „Die deutschen Arbeiter und das Gewerbegerichtsgesetz,“

36 Seiten. Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch alle Kolporteurs, sowie die Expedition.

Kolporteurs hohen Rabatt.

Die seit 1877 bestehende, weltbekannte

Uhrenfabrik

von

MAX BUSSE

157. Invaliden-Strasse 157, neben der Markthalle,

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaaren

zu fabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Die Kunststickerei, Bilderhandlung und Bildereinrahmung

von **Fröhlich & Richter**

65, Grüner Weg Berlin O., Grüner Weg 65,

empfiehlt sich den Genossen und Vereinen zur Lieferung von Saaldekorationen, Kolossal-

büsten (63 cm) 8 M., Bilder in sozialdemokratischen Genres zu Verloosungen u.

Spezialität: Sozialdemokratische Singsprüche in bester Ausführung (eigenes Fabrikat).

Anfertigung von Bannern, Fahnen etc.

Meerschaaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Portraits bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.), in

Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlipsnadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken und

Broden, Büsten. en gros. en detail.

B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.

Adolph Kehr.

Genossen empfehle mein Hutgeschäft. Arbeite nur mit Fabrikanten, welche sich der

Kontrollmarken deutscher Hutmacher angenommen haben. Köpenickerstraße 126.

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsfachen, Bestellungen nach Maas,

empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen

J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Cress**, Berlin. — Verleger und Drucker: **Maurer, Werner, Dimnick**, sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung

unser

Neue Gesamt-Ausgabe:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften

in 40—50 Heften à 3 Fogen zum Preise von 20 Pfg. pro Heft.

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen

Partei Deutschlands

von **Eduard Bernstein**, London.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

Wichtig für den Nord-Bezirk!

Chausseestrasse 83

gegenüber der Piesenstraße.

Freunden und Genossen bringe mein

Schuhwaaren-Geschäft

in freundliche Erinnerung. Größte Auswahl.

Zeitgemäße Preise.

Keine Dugendwaare. Keine Bazarwaare.

Elegante Stiefel. Starke Arbeitsstiefel.

O. Fäse, Chausseestr. 83.

Hut-Fabrik

1. Geschäft: **Blücherstraße 11.**

2. Geschäft: **Dresdenstraße 123** (zwischen

Oranienplatz und Kottbusser Thor).

Wilhelm Böhm.

Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Gr.

Lager in **Schirmen** und **Hilfschuhen.**

Empfehle Freunden und Genossen mein reich-

haltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Dieselbst Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins

und der Gürtler-Hilfskasse. Haupt-Agentur der

Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Kottbusser Damm 14, früher Ritterstr. 16.

Schmerzloses Zahnziehen,

Zahnschmerz beseitigen, Plombiren, Ein-

setzen künstlicher Zähne auch Teilzahlung

F. Mangelsdorf, Rosenthaler-

straße 18.

„Lichtstrahlen“

Blätter für volkverständliche Wissenschaft und

atheistische Weltanschauung. Zugleich ein litera-

rischer Wegweiser für das Volk.

Erscheint halbmonatlich in Heften à 20 Pf

Soeben erschien Heft 1 des 2. Jahrganges.

Zu beziehen durch die **Verlags-Buchhand-**

lung O. Harnisch, Berlin SW., Neuen-

burgerstraße 30.

Allen Freunden und Genossen zur Nach-

richt, daß ich

Kottbusser Damm 2-3

ein

Weiß- und Bairischbier-Local

eröffnet habe.

Zimmer mit Piano steht zur Verfügung.

Richard Niemetschek.

Allen Parteigenossen empfehle mein neu

eingerrichtetes

Weiß- und Bairischbier-Local.

Ferd. Hoffmann

Waldemarstr. 61.

Cravatten, Nadeln, Manschettenknöpfe, Broden,

empfiehlt und versendet die

Cravatten-Fabrik

von

Carl Wesch

in **Crefeld.**

An Orte, wo sich keine Verkaufsstelle

meiner Waare befindet, liefere ich auch

an Private.

Man verlange Musterproben von

3 5 und 10 Mark.

Dieselben werden, wenn nicht con-

venirend, zurückgenommen oder unget-

auscht.

Versandt nur franko gegen Nach-

nahme.

NB. Ersuche die Besteller ihre Adresse

genau und deutlich anzugeben.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Cress**, Berlin. — Verleger und Drucker: **Maurer, Werner, Dimnick**, sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.